

№ 7 (2018)

Ulrich Hagenloch

Die Beweislast im Deutschen Zivilprozess

ულრის ჰაგენლოხი

მტკიცების ტვირთი გერმანულ სამოქალაქო
საპროცესო სამართალში

The findings, views, opinions and recommendations expressed in this paper are purely those of the author and do not necessarily reflect the views of GIZ.

წინამდებარე მოხსენებაში გამოთქმული მიგნებები, შეხედულებები, მოსაზრებები და რეკომენდაციები ეკუთვნის მხოლოდ ავტორს და შეიძლება არ ასახავდეს გერმანიის საერთაშორისო თანამშრომლობის საზოგადოების შეხედულებებს



Autor:

Ulrich Hagenloch (seit 2017 im Ruhestand) trat 1978 in den deutschen Justizdienst ein. Von 2006 bis 2018 besetzte Herr Hagenloch die Stelle des Präsidenten des Oberlandesgerichts Dresden. Seit 2007 ist er als GIZ Experte aktiv in den Rechts- und Justizreformen in Georgien erfolgreich involviert. Zurzeit arbeitet Herr Hagenloch an der Erstellung des (vergleichenden deutsch-georgischen) Kommentars zur georgischen Zivilprozessordnung.

ავტორის შესახებ:

ბ-ნი ულრიხ ჰაგენლოხი (2017 წლიდან პენსიაზე) გერმანიის იუსტიციის სისტემას შეუერთდა 1978 წელს. 2006 წლიდან 2018 წლამდე ბ-ნი ჰაგენლოხი იყო დრეზდენის უმაღლესი სამხარეო სასამართლოს პრეზიდენტი. 2007 წლიდან ის გერმანიის საერთაშორისო თანამშრომლობის საზოგადოების (GIZ) ეგიდით აქტიურად არის ჩართული საქართველოში მიმდინარე სამართლისა და სასამართლო რეფორმებში და განახორციელა არაერთი წარმატებული პროექტი. ამჯერად ბ-ნი ჰაგენლოხი ჩართულია სამოქალაქო საპროცესო კოდექსის შედარებითი (ქართულ-გერმანული) კომენტარის შემუშავებაში.

Translator: Ilia Meskhidze

© Autor, 2018

© Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), 2018

Die Beweislast im deutschen Zivilprozess

I.	Einleitung	3
II.	Funktion der Darlegungslast.....	4
III.	Funktion der Beweislast	4
IV.	Wechselwirkung zwischen Darlegungslast und Beweislast.....	5
V.	Anforderungen an Substantiierung des Sachvortrags.....	5
VI.	Beweislast	8
VII.	Sonstige Abweichungen:	11
VIII.	Beweislast für Versicherungsfall bei Sachversicherung.....	12
IX.	Beweisvereitelung	12
X.	Dokumentationspflicht	12
XI.	Vier-Augen-Gespräch.....	13
XII.	Schadenschätzung	13
XIII.	Sekundäre Darlegungslast.....	14
XIV.	Schadensursächlichkeit einer Pflichtverletzung.....	16

I. Einleitung

Der Zivilprozess ist langweilig. So oder ähnlich habe ich es während meines Studiums oft gehört. Dennoch: Ich riskiere es, Ihnen zu diesem "langweiligen Thema" zu berichten; und zwar zu einem der in der Praxis wichtigsten Bereiche: Zur **Beweislast**.

Die meisten Zivilrechtsstreitigkeiten werden auf der Ebene der Darlegungslast, der Beweislast und der Beweiswürdigung entschieden. Zumindest außerhalb der Revisionsverfahren beim Bundesgerichtshof, die in etwa den Kassationsverfahren beim Supremecourt Georgiens entsprechen, sind Fragen der Beweislast und – was ich heute aus Zeitgründen nur punktuell ansprechen kann - der Beweiswürdigung meist wichtiger als die sonstigen materiell-rechtlichen und prozessualen Themen. Die Grundsätze der Beweislast sind im deutschen Recht weitgehend nicht gesetzlich geregelt. Vielmehr wird seit jeher als ungeschriebene Grundregel verstanden, dass der Gläubiger die Beweislast für die rechtsbegründenden und der Schuldner die Beweislast für die rechtsvernichtenden, für die rechtshindernden und für die rechtshemmenden Einwendungen trägt. Stark vereinfacht kann man sagen, dass jeder Partei die Beweislast für die ihr rechtlich günstigen tatsächlichen Umstände obliegt. Insoweit stimmen das deutsche Recht und das georgische in der Sache überein. Der Unterschied liegt

nur daran, dass in Art. 102 GEO-ZPO gesetzlich niedergelegt ist, was in Deutschland inhaltsgleich als allgemeines Rechtsprinzip gilt.

So klar die Prinzipien sind, so vielfältig sind aber die Abweichungen und Durchbrechungen. Letztlich hat sich in Deutschland eine stark ausdifferenzierte Rechtsprechung entwickelt, mit der versucht wird, die Beweislast sachgerecht zwischen den Parteien aufzuteilen. Dahinter steht letztlich der Gedanke, dass jede Partei einen verfassungsrechtlichen Anspruch auf eine effektive Rechtsverfolgung besitzt und damit die Beweislast so auszugestalten ist, dass sie von einer Partei nichts faktisch Unmögliches verlangt. Von daher geht es bei der Beweislast um die Gewährung **effektiven Rechtsschutzes** und damit letztlich auch um Verfassungsrecht.

Doch der Reihe nach:

II. Funktion der Darlegungslast

Der Beweislast vorgelagert ist die **Darlegungslast**. Bei der Darlegungslast geht es darum, wie konkret eine Partei einen **Sachvortrag** zu unterbreiten hat, damit er überhaupt prozessrechtliche Bedeutung erlangt. Mit anderen Worten: Es geht darum, welche **inhaltliche Substanz** ein Sachvortrag benötigt, damit er vom Gericht zu berücksichtigen ist.

Grundvoraussetzung für die Berücksichtigung eines tatsächlichen Vorbringens ist, dass dieses von der jeweils vortragspflichtigen Partei **hinreichend substantiiert** in den Rechtsstreit eingeführt ist. Unsubstantiiertem Sachverhalt darf der Richter nicht nachgehen. Er ist für ihn sozusagen rechtlich nicht existent. Ist ein Vortrag unsubstantiiert, stellen sich Fragen der Beweislast und der Beweiswürdigung von vornherein nicht.

Allerdings ist der Richter verfahrensrechtlich grundsätzlich gehalten, vor Erlass einer das tatsächliche Vorbringen mangels hinreichender Substantiierung nicht berücksichtigenden Entscheidung hierauf hinzuweisen: Der Partei wird hierdurch Gelegenheit gegeben, die Defizite ihres Sachvortrages zu beseitigen. Zum Umfang und zu den Grenzen dieser Pflicht zum richterlichen Hinweis gibt es in Deutschland gesetzliche Regelungen und eine umfangreiche Rechtsprechung. Auf diese kann ich aber heute nicht näher eingehen.

III. Funktion der Beweislast

Ist eine Partei ihrer Verpflichtung zum hinreichend substantiierten Sachvortrag nachgekommen, schließt sich als **nächste Stufe die Beweislast** an. Sie entscheidet über zwei Dinge:

- Welche Partei muss welche Tatsache beweisen?

- Welche Tatsachen muss das Gericht seiner Entscheidung zu Grunde legen, wenn nach Durchführung einer Beweisaufnahme, etwa nach der Vernehmung von Zeugen, eine positive Feststellung darüber, ob eine bestimmte Tatsache vorlag oder nicht, nicht gewinnen kann? Zwei Beispiele: Welche Tatsachen hat das Gericht seiner Entscheidung zu Grunde zu legen, wenn es nicht feststellen kann, welcher Unfallbeteiligte bei einem Kreuzungszusammenstoß das Rotlicht der Ampel missachtet hat. Oder: Wie hat das Gericht zu entscheiden, wenn weder festgestellt noch ausgeschlossen werden kann, dass Anruf bei einer teuren Hotline tatsächlich von einem bestimmten Smartphone geführt wurde?

IV. Wechselwirkung zwischen Darlegungslast und Beweislast

Zwischen der Beweislast und der Darlegungslast besteht eine **enge Wechselwirkung**. Wer für eine Tatsache beweispflichtig ist, hat auch die prozessuale Pflicht, diese Tatsache substantiiert vorzutragen. Wer nicht beweibelastet ist, kann sich hingegen im Zivilprozess grundsätzlich damit begnügen, den Vortrag des darlegungsbelasteten Prozessgegners zu bestreiten. Ist die Beweislast allerdings abgestuft oder erleichtert, worauf ich später noch näher eingehen werde, schlägt sich dies auch in der Darlegungslast nieder.

V. Anforderungen an Substantiierung des Sachvortrags

Die entscheidende Frage bei der Darlegungslast ist: Wie konkret muss ein Parteivortrag sein, damit er hinreichend substantiiert, also prozessual zu berücksichtigen ist. Es wird Sie nicht wundern: Zur Beantwortung dieser Frage gibt es kein Patentrezept. Es gibt aber eine Reihe von Prinzipien. Letztlich liegt es aber am Richter, diese Prinzipien im Einzelfall sachgerecht anzuwenden, also Fingerspitzengefühl zu entwickeln.

Eine Partei genügt ihrer **Darlegungslast**, wenn das Gericht anhand des Parteivortrags beurteilen kann, ob die tatbestandlichen Voraussetzungen für eine bestimmte Rechtsfolge vorliegen. Wird das Parteivorbringen diesen Anforderungen gerecht, kann der Vortrag weiterer Einzelheiten, wie etwa zum genauen Zeitpunkt und zum konkreten Verlauf bestimmter Ereignisse, grundsätzlich nicht verlangt werden.

Anderes gilt nur, soweit es auf diese Umstände im konkreten Verfahren ankommt. Kommt es etwa an einer Ampelkreuzung zu einem Zusammenstoß, reicht aus, wenn der Kläger behauptet, seine Ampel habe „grün“ gezeigt und jene des Beklagten „rot“. Ob es geregnet hat, ob die Fahrbahn glatt war oder wie die konkreten Sichtverhältnisse waren, ist dann in aller Regel unerheblich. Kommt hingegen ein Fahrzeug bei einem Ausweichmanöver ins Schleudern kann die Frage, ob der Fahrzeuglenker den durch aus Ausweichmanöver verursachten Schleudervorgang hätte verhindern können, durchaus davon abhängen können, ob die Fahrbahn nass oder glatt war. Dann muss hierzu auch vorgetragen werden.

Folge dieser Grundsätze ist auch, dass es in einem Rechtsstreit um kaufrechtliche **Gewährleistungsansprüche** genügt, den konkreten Sachmangel durch eine laienhafte Beschreibung

der Mangelercheinungen (sog. "Mangelsymptome") zu benennen. Dem Käufer obliegt es hingegen nicht, die Ursache des beanstandeten Mangels anzugeben oder die technischen Zusammenhänge darzulegen. Gleiches gilt für einen behaupteten Mangel beim Werkvertrag und beim Mietvertrag. Wird ein Mangel durch eine laienhafte Schilderung der Mangelsymptome hinreichend darlegt, muss das Gericht die für das Vorliegen des Mangels angebotenen entscheidungsrelevanten Beweise erheben und ggf. einem Sachverständigen die beweiserheblichen Fragen unterbreiten.

Macht also etwa der Käufer eines Fahrzeugs Gewährleistungsansprüche geltend, reicht es aus, wenn er mitteilt, was an dem Fahrzeug nicht mehr funktioniert, also etwa, dass der Motor während der Fahrt ausgeht oder dass dicker schwarzer Qualm aus dem Auspuff kommt. Macht ein Mieter Mängel geltend, genügt, wenn er mitteilt, dass eine bestimmte Wand im Bad stets feucht sei und sich Schimmel bilde. Er muss nicht mitteilen, worauf dieser Mangel beruht.

Gewisse Besonderheiten ergeben sich bei sog. **inneren Tatsachen**, die sich auf die Willensbildung oder auf die Willensrichtung eines Menschen beziehen. Dies gilt etwa für das Vorliegen eines Vorsatzes, aber auch für eine Meinungsfindung oder für eine innere Haltung.

Solche inneren Vorgänge sind einer unmittelbaren Beweisführung durch Dritte ihrer Art nach nicht zugänglich. Ein Richter kann sich schließlich nicht in den Kopf eines anderen Menschen hineinversetzen. Er kann nur auf Grund der äußeren Rahmenbedingungen und auf Grund bestimmter Verhaltensweisen darauf rückschließen, was in dem Kopf eines Menschen mutmaßlich vorgegangen sein mag. Es versteht sich dabei von selbst, dass es stark vom Einzelfall abhängt, ob solche Rückschlüsse tragfähig möglich sind oder nicht.

Für die Darlegungslast heißt dies: Ein hinreichend substantzierter Sachvortrag zu inneren Tatsachen setzt voraus, dass jene **Indiztatsachen** genannt werden, aus denen sich die innere Willensrichtung oder die Willensbildung einer anderen Person ergeben soll. Nur dann kann das Gericht prüfen, ob ein solcher Sachvortrag schlüssig ist, also hinreichend tragfähig den Schluss auf die behauptete innere Tatsache zulässig.

Ist ein solcher Schluss nicht tragfähig zu ziehen, ist bereits der Sachvortrag unsubstanziert. Trägt beispielsweise der Vermieter vor, der Mieter habe einen Mangel der Mietsache bei Vertragsschluss gekannt, so dass ihm keine Mängelrechte zustünden, müssen Umstände vorgetragen werden, aus denen sich hinreichend sicher die Kenntnis ergibt. Hierfür reicht eine dem Vertragsschluss vorausgegangene Wohnungsbesichtigung fraglos nicht generell aus. Handelt es sich aber um einen Mangel, den man bei einer Wohnungsbesichtigung schlechterdings nicht übersehen kann, mag eine Kenntnis nahe liegen; so etwa, wenn von einer Wand im Badezimmer offenkundig viele Fliesen abgefallen waren und das Badezimmer in die Besichtigung einbezogen war.

Werden die Meinungsbildung oder die Willensrichtung allerdings **nach außen erkennbar**, genügt es darzulegen, wie die behauptete innere Haltung wahrnehmbar in Erscheinung getreten ist; der Mitteilung weiterer Indiztatsachen bedarf es dann nicht. Freilich ist hierbei in der Praxis durchaus Vorsicht angebracht, wenn das Verhalten nicht in einer klaren mündlichen oder schriftlichen Erklärung

Niederschlag gefunden hat. Ein Kopfnicken kann natürlich als bestätigende Erklärung genügen. Dennoch ist Vorsicht angebracht. Erst recht gilt dies, wenn ein Verkäufer meint, der Mimik des Käufers eine Zustimmung entnehmen zu können. Nicht jeder junge Mann, der beim Anblick eines Sportwagens glänzende Augen bekommt, wird damit zugleich ein Verkaufsangebot annehmen wollen. Beim Maß der Substantiierungspflicht ist auch zu berücksichtigen, welche Angaben einer Partei **zumutbar und möglich** sind. Der verfassungsrechtliche Anspruch auf eine effiziente Justizgewährung wäre verletzt, wenn ein Gericht an die Substantiierung eines Sachvortrags Anforderungen stellen würde, welche die betreffende Partei praktisch überhaupt nicht erfüllen kann. Insoweit gilt für das Maß der Substantiierungspflicht gleiches wie für die Beweislast einer sich in Beweisnot befindlichen Partei. Hierauf werde ich später noch eingehen.

Zudem gibt es **Wechselwirkungen** zwischen der Intensität des Sachvortrages der **einen** Partei und jener der Erwiderung durch die **andere** Partei. Je substantierter der Darlegungspflichtige sein Tatsachenvorbringen unterbreitet, je weniger darf tendenziell der Verfahrensgegner nur pauschal bestreiten oder das Gegenteil behaupten. Allerdings setzt die Verpflichtung zu einem substantiierten Gegenvortrag voraus, dass ein solcher der Partei auch möglich und zumutbar ist. Hiervon wird jedoch in der Regel auszugehen sein, wenn sich die behaupteten Umstände in ihrem eigenen Wahrnehmungsbereich verwirklicht haben. Auch hierin zeigt sich, dass die Intensität der Darlegungspflicht in Abhängigkeit von den Erkenntnismöglichkeiten der Partei steht.

Besondere Bedeutung erlangt die Darlegungslast bei **mündlichen Vertragsschlüssen**. Im Kern muss der Gläubiger bei ihnen vortragen, worüber er sich mit wem geeinigt haben will. Dazu gehören etwa beim Kauf die Angaben zur Kaufsache, die Angabe des Vertragspartners und ggf. der für diese handelnden Person sowie grundsätzlich auch des Kaufpreises. Hingegen ist der Gläubiger nicht gehalten, die Vertragsverhandlungen in allen Details wiederzugeben. Insbesondere muss er nicht angeben, wer wann gegenüber wem was genau gesagt hat. Die Angabe von Einzelheiten zu dem Zeitpunkt und zu dem Ablauf bestimmter Ereignisse ist nicht erforderlich, wenn diese für die Rechtsfolgen ohne Bedeutung sind.

Misst ihnen das Gericht für die Zuverlässigkeit oder die Wahrscheinlichkeit der Behauptung Bedeutung zu, sind sie durch entsprechende Nachfrage bei der Beweisaufnahme zu klären. Für den Umfang der Darlegungslast ist der Grad der Wahrscheinlichkeit einer Sachverhaltsschilderung ohne Bedeutung. Dies hat praktische Bedeutung etwa dann, wenn eine Partei im Rahmen eines Vertragsschlusses etwas behauptet, was mit der Vertragsurkunde nicht zu vereinbaren ist. Behauptet etwa der Käufer eines Gebrauchtwagens, der Verkäufer habe die Unfallfreiheit des Fahrzeugs zugesichert und steht hiervon in der Vertragsurkunde nichts, gehört es nicht zur Darlegungslast, dass der Käufer nachvollziehbar erläutert, wie es zu dieser Diskrepanz gekommen ist. Bevor sich der Käufer zu früh freut: Im Rahmen der Beweiswürdigung kann es für ihn aber schwierig werden, das Gericht von der behaupteten mündlichen Zusage zu überzeugen. Es gibt nämlich eine Vermutung dafür, dass die Vertragspartner das von ihnen Gewollte in einer Vertragsurkunde vollständig und richtig niedergelegt haben. Etwas vereinfacht formuliert, gilt deshalb: Der Käufer muss beweisen, dass die Vertragsurkunde unzutreffend

ist. Ich komme darauf später noch zurück.

Eine Partei ist nicht gehindert, ihr Vorbringen im Laufe des Rechtsstreits **zu ändern**, insbesondere zu präzisieren, zu ergänzen oder zu berichtigen, aber letztlich auch in das Gegenteil des ursprünglichen Vortrags zu verkehren. Aber auch hier gilt: Durch einen Wechsel des Parteivortrages entstehende Widersprüchlichkeiten oder Ungereimtheiten müssen im Rahmen der Beweiswürdigung berücksichtigt werden. Hierbei kommt es mit entscheidend darauf an, ob es sich um Geschehnisse außerhalb des eigenen Wahrnehmungsbereichs der Partei handelt und damit der Wechsel im Parteivortrag ggf. eine Erklärung darin finden kann, dass inzwischen durch Informationen Dritter andere Erkenntnisse gewonnen wurden. Wird hingegen das Vorbringen zu Geschehnissen geändert oder gar in das Gegenteil verkehrt, die der eigenen Wahrnehmung unterlegen haben, liegt tendenziell deutlich näher, dass der Wechsel im Parteivortrag Folge eines verfahrenstaktischen Vorgehens ist, also die betreffende Partei „die Fahne nach dem Wind ausgerichtet“ hat. Aber selbst bei einer solchen Mutmaßung ist dem prozessualen Vorbringen, sofern es rechtserheblich ist, nachzugehen und kann dem Wechsel im Parteivortrag nur im Rahmen der Beweiswürdigung indizielle Bedeutung beigemessen werden.

VI. Beweislast

Jetzt zur Beweislast:

Wie schon gesagt: Nur bei Tatsachen, die gemessen an den genannten Kriterien hinreichend substantiiert dargelegt sind, stellt sich die Frage der Beweislast.

Die Beweislast beurteilt sich stets nach der aus dem materiellen Recht folgenden **Gläubiger- Schuldner- Beziehung**, also nicht nach der prozessualen Kläger-Beklagten-Konstellation. Deshalb ändern die bei einer negativen Feststellungsklage „vertauschten“ Parteirollen nichts an der materiellen Beweislast. Erst recht ist gleichgültig, ob die Forderung im Wege der Aufrechnung oder mit einer Widerklage verfolgt wird.

Diese enge Anknüpfung an das materielle Recht ist auch der Grund dafür, dass in Deutschland das Recht der **Beweislast als Teil des materiellen Rechts**, also nicht des Verfahrensrechts, verstanden wird. Diese Frage ist nicht nur von rechtsdogmatischem Belang, sondern hat auch praktische Auswirkungen insoweit, als durch die Zuordnung zum materiellen Recht die richtige Anwendung der Beweislast im Revisionsverfahren auch ohne die Erhebung einer entsprechenden

Verfahrensrüge zu überprüfen ist (vgl. zur Kassation georgischen Rechts: Art. 404 Abs. 1 Satz 2, Art. 396 Abs. 1 lit. f. GEO-ZPO).

Wie bereits einleitend kurz erwähnt, muss im Grundsatz jede Partei die ihr günstigen Tatsachen beweisen, also die tatbestandlichen Voraussetzungen ihres Anspruchs oder ihrer Einwendung. Unser heutiges Leben ist aber viel zu vielschichtig und komplex, um mit einer solchen groben Einteilung nach „günstig“ oder „ungünstig“ noch eine sachgerechte Verteilung der Beweislast vornehmen zu können. Denken Sie etwa nur an den Nachweis einer Autorisierung beim Online- banking. Oder: Sie

stellen zu Hause etwas schwungvoll eine Flasche Mineralwasser auf den Tisch, die dabei explodiert und Ihnen - wollen wir es nicht übertreiben – eine Schnittwunde an der Hand zufügt. Wie wollen Sie beweisen, worauf die Explosion beruht?

Schon diese Beispiele zeigen, dass der allgemeine Grundsatz, wonach jede Partei die ihr günstigen Tatsachen darzulegen und zu beweisen hat, oft nicht sachgerecht ist und faktisch zu einer Verweigerung wirkungsvollen Rechtsschutzes führen müsste.

Zu den Einzelheiten:

In vielen materiell-rechtlichen Bestimmungen ist in Deutschland, ebenso wie in Georgien, ein Regel-Ausnahme-Verhältnis niedergelegt. Solche sog. **Beweislastregeln** ergeben sich aus gesetzlichen Formulierungen wie „es sei denn“, „soweit nicht“, „die Ersatzpflicht ist ausgeschlossen, wenn“, „dies gilt nicht, wenn“ oder ähnlich. Vor allem in neueren Gesetzes finden sich auch zunehmend ausdrückliche Regelungen zur Beweislast, vor allem zur Schadensursächlichkeit von Pflichtverletzungen (etwa § 84 Abs. 2 GER-AMG (Arzneimittelgesetz) zum Ursachenzusammenhang zwischen dem Gebrauch eines Medikaments und einer Gesundheitsschädigung; ähnlich § 1 Abs. 4 GER-ProdHaftG (Produkthaftungsgesetz) zum Ursachenzusammenhang zwischen einem Produktfehler und einem Schadensereignis).

Besondere Bedeutung im Zivilprozess haben in Deutschland die Grundsätze des **Anscheinsbeweises**, auch „Beweis des ersten Anscheins“ genannt. Der Anscheinsbeweis konkretisiert allgemeine Erfahrungssätze. Er wird vor allem angewandt, wenn nach der allgemeinen Lebenserfahrung entweder von einem bestimmten feststehenden Ergebnis auf eine bestimmte Ursache und/oder einen bestimmten Kausalverlauf rückzuschließen ist oder wenn nach der allgemeinen Lebenserfahrung spiegelbildlich aus einem bestimmten Sachverhalt auf das Hervorrufen einer bestimmten Folge geschlossen werden kann. Verkürzt wird in Deutschland oft davon gesprochen, dass der Anscheinsbeweis „für ein Verschulden streite“.

Voraussetzung für eine Anwendung des Anscheinsbeweises ist, dass ein bestimmtes **Ausgangsgeschehen unstreitig oder bewiesen** ist, bei dem nach der allgemeinen Lebenserfahrung **mit hoher Wahrscheinlichkeit auf bestimmte Zusammenhänge** zu schließen ist. Ist das Ausgangsgeschehen hingegen nur möglich, greift der Anscheinsbeweis nicht ein.

Besondere Bedeutung erlangt der Anscheinsbeweis im **Verkehrsunfallrecht**. Als Beispiele aus der aktuelleren Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs seien genannt:

- Bei Auffahrunfällen kann der erste Anschein dafür sprechen, dass der Auffahrende den Unfall schuldhaft verursacht hat. Voraussetzung hierfür ist aber, dass im Ausgangspunkt eine für einen Auffahrunfall **typische Verkehrslage** bestand, also etwa, ein Auffahrunfall im fließenden Verkehr, beim Bremsen oder auf ein an eine Kreuzung wartendes Fahrzeug.

- Beim Zusammenstoß des Linksabbiegers mit einem ihn Überholenden spricht der Beweis des ersten Anscheins dafür, dass der Abbiegende seiner sog. zweiten Rückschaupflicht (zweiter Blick in den

Rückspiegel unmittelbar vor Einleitung des Abbiegevorgangs) nicht genügt und hierdurch den Unfall verschuldet hat.

Aber auch beim vielen Formen modernen Zahlungs- und Kommunikationsverkehrs kommt man in der Praxis ohne die Grundsätze des Anscheinsbeweises nicht mehr aus.

- Bei einem mittels eines Instruments der Zahlungsauthentifizierung erfolgten online-banking-Zahlungsvorgang kommen die Grundsätze des Anscheinsbeweises zum Tragen, wenns zum einen auf der Grundlage aktueller Erkenntnisse die allgemeine praktische Unüberwindbarkeit des eingesetzten Sicherungsverfahrens sowie zum andern dessen ordnungsgemäße Anwendung und die fehlerfreie Funktion im konkreten Einzelfall feststehen.

- Ein Anscheinsbeweis für die Richtigkeit einer Telefonrechnung greift ein, wenn ein zertifiziertes Abrechnungssystem (§ 45g Abs. 2 GER-TKG (Telekommunikationsgesetz)) genutzt und bei rechtzeitigen Einwendungen des Kunden eine technische Prüfung (§ 45i Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 Satz 2

GER-TKG) durchgeführt wurde, die keine Hinweise auf Fehler oder Manipulationen erbracht hat.

Die deutsche Rechtsprechung geht davon aus, dass es grundsätzlich keine hinreichend sicher prognostizierbaren **Verhaltensweisen von Menschen** in bestimmten Lebenslagen gebe. Deshalb ist ein Anscheinsbeweis bei menschlichen Willensentschlüssen, die ihrer Art nach typischerweise von individuellen Faktoren geprägt sind, **im Regelfall nicht eröffnet**.

Bei bestimmten Konstellation wendet die deutsche Rechtsprechung die Grundsätze des Anscheinsbeweises in behutsamer Weise aber auch auf menschliche Verhaltensweisen an. Dies gilt vor allem bei einer Verletzung von Aufklärungs- und Beratungspflichten. Hier spricht man schlagwortartig von der Vermutung für ein beratungsgemäßes oder **beratungsgerechtes Verhalten**. Auf diese Vermutung kann sich eine Partei jedenfalls dann stützen, wenn sich im Hinblick auf die Interessenlage oder auf andere objektive Umstände in der konkreten Lage bei sachgerechter Beratung eine bestimmte Willensentschließung aufgedrängt hätte. Dies gilt insbesondere bei der Beratung durch Rechtsanwälte, Steuerberater und Notare. Vor allem bei Beratungsfehlern im Kapitalanlagebereich ist es oft sehr schwierig, bei der Beweislast für das hypothetische Verhalten bei sachgerechter Beratung das richtige Maß zu finden. Gerade Entscheidungen über das Ob und Wie von Kapitalanlagen beruhen nämlich meist auf einem individuellen Willensentschluss, der durch vielfältige rationale und irrationale Faktoren sowie durch spekulative Elemente beeinflusst wird. Ähnlich problematisch ist das hypothetische Verhalten, bei einer ärztlichen Aufklärungspflichtverletzung. Um in diesen Bereichen zu einer sachgerechten Verteilung der Beweislast für das hypothetische Verhalten (welche Entscheidung wäre bei einer sachgerechten Beratung oder Aufklärung getroffen worden?) zu gelangen, lässt die Rechtsprechung daher teilweise, vor allem bei einer Verletzung der ärztlichen Aufklärungspflicht, genügen, dass die Partei bei einer sachgerechten Beratung oder Aufklärung in einen sog Entscheidungskonflikt geraten wäre.

Sind die Grundlagen für einen Anscheinsbeweis zu Gunsten einer Partei gegeben, liegt es an deren Verfahrensgegner, diesen zu **erschüttern**. Da der Anscheinsbeweis eine Beweisregel bildet, die auf der Typizität eines bestimmten Geschehensablaufs beruht, rechtfertigt er keine volle Umkehr der

Beweislast. Deshalb genügt zur Erschütterung des Anscheinsbeweises, dass der ihm zu Grunde liegende Erfahrungssatz **ernsthaft in Frage gestellt wird**. Es muss also nicht ein anderer Kausalverlauf, also das Gegenteil der in Folge des Anscheinsbeweises vermuteten Zusammenhänge, bewiesen werden. Wohl aber sind konkrete tatsächliche Umstände darzulegen und zu beweisen, aus denen ernsthaft abzuleiten ist, dass im konkreten Fall auch ein atypischer Geschehensablauf vorgelegen haben kann. Eine solche Erschütterung oder Entkräftung des Anscheinsbeweises beseitigt lediglich dessen Folgen, also die gesetzliche Vermutung. Sie ändert aber nichts daran, dass der Beweispflichtige weiterhin den Vollbeweis für den von ihm behaupteten Kausalverlauf führen kann.

Beispielhaft möchte ich diese Wechselwirkungen an Hand eines Urteils des Bundesgerichtshofs aufzeigen. Ausgangspunkt dieses Verfahrens war ein Unfall auf einer Autobahn, bei dem eine Motorradfahrerin auf einen Kleintransporter aufgeprallt war. Die Motorradfahrerin hat behauptet, das zuvor auf der Überholspur befindliche Kleintransporter sei unmittelbar vor dem Zusammenstoß plötzlich „brutal“ abgebremst und ruckartig auf die rechte Fahrspur, auf der sie sich befunden habe, hinübergezogen worden. Sie habe keine Möglichkeit gehabt, ihm auszuweichen.

Wie bereits erwähnt, ist in der Rechtsprechung anerkannt, dass bei Auffahrunfällen, auch auf Autobahnen, der erste Anschein dafür spricht, dass der Auffahrende den Unfall schuldhaft dadurch verursacht hat, dass er entweder den erforderlichen Sicherheitsabstand nicht eingehalten hat, dass er unaufmerksam war oder dass er mit einer den Straßen- und Sichtverhältnissen unangepassten Geschwindigkeit gefahren ist. Voraussetzung für den Anscheinsbeweis ist aber, dass das "Kerngeschehen" - also der Aufprall auf das auf der eigenen Fahrbahn befindliche vorausfahrende Fahrzeug - unstreitig oder bewiesen ist. Mit anderen Worten: Das **gesamte** feststehende Unfallgeschehen muss nach der Lebenserfahrung typisch dafür sein, dass derjenige Verkehrsteilnehmer, zu dessen Lasten der Anscheinsbeweis Anwendung finden soll, schuldhaft gehandelt hat.

Das heißt: Steht nur fest, dass in dem Beispielfall die Motorradfahrerin auf den auf ihrer Fahrbahn fahrenden Kleintransporter aufgeprallt ist, greift zu ihren Lasten der Anscheinsbeweis ein. Steht allerdings darüber hinaus fest, dass der Kleintransporter unmittelbar vor dem Aufprall von der Überholspur auf die rechte Fahrspur gewechselt und dann stark gebremst hat, greift der Anscheinsbeweis nicht ein. Dann handelt es sich nämlich nicht mehr um die Konstellation eines typischen Auffahrunfalls, sondern um das äußere Bild einen atypischen Aufpralls auf das vorausfahrende Fahrzeug. Ich betone aber nochmals: Hierfür genügt nicht, dass der Kleintransporter möglicherweise die Fahrspur gewechselt und dann stark gebremst hat. Das muss vielmehr feststehen.

VII. Sonstige Abweichungen:

Über die Grundsätze des Anscheinsbeweises hinaus gibt es in der deutschen Rechtsprechung zahlreiche Abweichungen von den allgemeinen Grundsätzen der Beweislast.

Die erste Stufe bilden **moderate Anforderungen** an die Darlegungs- und Beweislast, um hierdurch einer

Beweisnot Rechnung zu tragen. Insoweit kommt es entscheidend auf die konkreten Umstände des Einzelfalles an, insbesondere auch darauf, ob die Ursache für die Beweisnot darin liegt, dass sich wesentliche Tatsachen im Wahrnehmungs- und Verantwortungsbereich des Verfahrensgegners befinden. Ich komme hierauf noch zurück.

VIII. Beweislast für Versicherungsfall bei Sachversicherung

Besondere Probleme treten zudem auf, wenn der Versicherungsnehmer den Eintritt des Versicherungsfalles bei einer sog. Sachversicherung (etwa Einbruchversicherung, Reisegepäckversicherung) zu beweisen hat. Für den Diebstahl von Gegenständen ist nämlich typisch, dass der Täter seine Tat unbeobachtet begehen und möglichst wenige Tatspuren hinterlassen will. Oft ist es daher nicht möglich, im Nachhinein den Tatverlauf konkret festzustellen. Deshalb gibt es gewisse Beweiserleichterungen zugunsten des Versicherungsnehmers. Der Versicherungsnehmer genügt seiner Darlegungs- und Beweislast, wenn er das **äußere Bild eines Diebstahls** darlegt und beweist, mithin ein Mindestmaß an Tatsachen, die nach der Lebenserfahrung mit hinreichender Wahrscheinlichkeit den Schluss auf eine Entwendung zulassen.

IX. Beweisvereitelung

Zu Beweiserleichterungen kommt es auch, wenn dem Gegner die Beweisführung während des Rechtsstreits, ggf. aber auch schon im vorprozessualen Stadium, durch gezielte oder fahrlässige Handlungen erschwert wird, etwa indem vorhandene Beweismittel vom Verfahrensgegner vorenthalten oder vernichtet werden. Diese Beweiserleichterungen können unter Umständen bis zur Umkehr der Beweislast gehen.

Voraussetzung ist aber immer, dass sich der Beweisgegner in irgendeiner Weise pflichtwidrig oder treuwidrig verhält. Wer selbst schlampet und schludert, kann sich nicht darauf berufen, dass der andere Wissen habe, das er nicht für sich selbst behalten dürfe.

X. Dokumentationspflicht

In einigen Fällen fordert die Rechtsprechung zudem eine **Dokumentation** von bestimmten Abläufen. Besonders gilt dies bei bestimmten medizinischen Behandlungen, so etwa zur Dokumentation von Laborergebnissen, aber auch zur Dokumentation eines Operationsverlaufs. Auch bei Beratungsgesprächen von Rechtsanwälten und Steuerberaterin oder bei der Beratung zu Kapitalanlagen besteht im Kern eine solche Dokumentationspflicht. Wird diese Dokumentationspflicht verletzt,

kommt es ebenfalls zu Beweiserleichterungen, ggf. bis hin zur Umkehr der Beweislast.

XI. Vier-Augen-Gespräch

Vor besonderen Schwierigkeiten steht die Beweisführung, wenn der Verlauf von sog. **Vier-Augen-Gesprächen** festgestellt werden muss. Die Rechtsprechung löst diese Problematik allerdings nicht durch geringere Anforderungen an das Maß der gerichtlichen Überzeugungsbildung, sondern durch gesteigerte Anforderungen an die Intensität der richterlichen Tatsachenfeststellung und an die richterliche Beweiswürdigung, einschließlich deren Begründung. Der Grundsatz der Waffengleichheit sowie das Gebot eines wirkungsvollen Rechtsschutzes erfordern, dass einer Partei, die für ein entscheidungserhebliches Gespräch keinen Zeugen hat, Gelegenheit gegeben wird, ihre Darstellung der Unterredung in den Prozess durch eine persönliche Anhörung einzubringen. Zudem erhöhen sich bei einer solchen Beweisnot einer Partei die Anforderungen an eine Begründung der richterlichen Überzeugungsbildung. Die Gründe der gerichtlichen Entscheidung müssen deshalb erkennen lassen, dass der Richter die Beweisnot der Partei bedacht sowie sich mit dem Prozessstoff und mit den bereits vorhandenen Beweisergebnissen umfassend und widerspruchsfrei auseinander gesetzt hat.

Was dennoch bleibt: Wer den Inhalt eines Vier-Augen-Gesprächs zu belegen hat, hat schlechte Karten. Daran kann meist alles Bemühen des Richters, die Wahrheit zu ermitteln, nichts ändern.

XII. Schadensschätzung

In der deutschen Zivilprozessordnung gibt es zudem mit § 287 GER-ZPO eine für die Rechtspraxis sehr wichtige Regelung, nach der bei schädigenden Ereignissen an die Darlegung und an den Beweis der Schadenshöhe nur moderate Anforderungen zu stellen sind. Dem Richter wird durch die Regelung eröffnet, die Höhe eines Schadens zu schätzen, wenn dieser nicht konkret zu ermitteln ist, aber einigermaßen eingegrenzt werden kann. Die Darlegungs- und Beweiserleichterungen des § 287 GER-ZPO werden bei der Ermittlung des entgangenen Gewinns durch § 252 GER-BGB ergänzt. So wird etwa bei der Ermittlung des entgangenen Gewinns eines Selbstständigen in der Regel erforderlich und angebracht sein, an die Geschäftsentwicklung und an die Geschäftsergebnisse in den letzten Jahren vor dem Schadensereignis anzuknüpfen. Es versteht sich aber auch, dass solchen einigermaßen tragfähigen Prognosen einer Ermittlung des Erwerbsschadens Grenzen gesetzt sind. Nehmen Sie etwa an, ein Kind wird im Vorschulalter so schwer verletzt, dass es für sein ganzes Leben nur einfachste Tätigkeiten verrichten kann. Was wäre aus ihm beruflich ohne den Unfall geworden?

Für die Alltagsfälle, etwa wenn eine Sache beschädigt wird, gibt es faktisch eine vereinfachte Methode der Schadensermittlung. Den für die Beseitigung eines Schadens erforderlichen Aufwand darf das Gericht im Rahmen der Schadensschätzung nach § 287 GER-ZPO im Regelfall dem Rechnungsbetrag

des mit der Schadensbeseitigung beauftragten Dritten entnehmen. Materiell- rechtlich sind zwar nach dem deutschen Schadensrecht nicht die dem Dritten für die Schadensbeseitigung vertraglich geschuldeten Aufwendungen, sondern die im Sinne von § 249

Abs. 2 Satz 1 GER-BGB objektiv erforderlichen Kosten entscheidend. Der vertraglich vereinbarte oder geschuldete Kostenaufwand bildet aber ein für die Schadensschätzung nach § 287 GER-ZPO hinreichendes Indiz für die Höhe der objektiv für die Schadensbeseitigung erforderlichen Aufwendungen, sofern diese nicht erkennbar erheblich über den üblichen Preisen liegen.

XIII. Sekundäre Darlegungslast

Erhebliche praktische Bedeutung hat auch die Rechtsprechung zur sog. **sekundären Darlegungslast** bei negativen Tatsachen und bei Umständen in der internen Sphäre des Beweisgegners. Als **negative Tatsachen** werden im deutschen Beweisrecht Gegebenheiten bezeichnet, bei denen vom Beweispflichtigen nicht - wie im Regelfall - darzulegen und zu beweisen ist, dass etwas geschehen ist, sondern dessen Spiegelbild, nämlich dass etwas **nicht geschehen** ist. Eine solche Situation stellt den Beweispflichtigen oft vor besondere Probleme:

Bei einer von ihm zu beweisenden positiven Tatsache weiß der Beweispflichtige im Regelfall, wann und wie sich das jeweilige Geschehen zugetragen hat; ihm ist es daher grundsätzlich möglich, einen entsprechenden Sachvortrag sowie einen entsprechenden Beweisantritt zu unterbreiten. Ein sog. Negativbeweis ist hingegen sowohl in Bezug auf den Tatsachenvortrag als auch in Bezug auf den Beweisantritt ungleich schwerer zu führen. Dies gilt vor allem, wenn es nicht um ein kurzfristiges situatives Ereignis geht, sondern wenn sich der streitgegenständliche Lebenssachverhalt über einen längeren Zeitraum erstreckt. Streng genommen müsste der Beweispflichtige dann für jede Minute dieses Zeitraums darlegen und beweisen, dass ein bestimmtes Ereignis nicht eingetreten ist. Faktisch würde ihm hierdurch die Beweisführung so gut wie vereitelt. Solche erheblichen Beweiserschwernisse treten etwa auf, wenn nach allgemeinen Grundsätzen zu beweisen wäre, dass eine vertraglich oder gesetzlich geschuldete Aufklärung, Beratung oder Unterrichtung nicht erfolgte oder dass eine Genehmigung nicht erteilt wurde.

Um in derartigen Konstellationen zu einer sachgerechten Verteilung der Darlegungs- und Beweislast zu gelangen, wählt die deutsche Rechtsprechung ein differenziertes dreistufiges Vorgehen: Danach verschiebt die Beweisbedürftigkeit einer negativen Tatsache im Ausgangspunkt nicht die sich aus den allgemeinen Grundsätzen ergebende Darlegungs- und Beweislast. Die mit dem Nachweis einer negativen Tatsache verbundenen Schwierigkeiten werden vielmehr dadurch ausgeglichen, dass die beweispflichtige Partei auf der ersten Stufe nur pauschal (nicht substantiiert) vorzutragen hat, die negative Tatsache sei nicht eingetreten. Der anderen Partei obliegt es dann in der zweiten Stufe, substantiiert darzulegen, dass und wie es aus ihrer Sicht zu dem betreffenden Ereignis (also der nach ihrer Behauptung eingetretenen positiven Tatsache) gekommen sein soll. Hierzu muss der Beweisgegner beispielsweise substantiiert vortragen, wann wer die strittige Beratung, Unterrichtung oder Aufklärung

vorgenommen oder die strittige Genehmigung erklärt haben sein soll. Er muss den Eintritt dieses Ereignisses aber nicht bewiesen. Vielmehr obliegt es auf der dritten Stufe dem Beweispflichtigen, substantiiert darzulegen und ggf. auch zu beweisen, dass die vom Beweisgegner - in Erfüllung seiner sekundären Darlegungslast unterbreitete - Darstellung nicht zutrifft.

Nach dieser Konzeption muss der Gläubiger eines **Bereicherungsanspruchs**, dem der Beweis einer negativen Tatsache (also etwa für den fehlenden Rechtsgrund im Sinne vom Art. 976 Abs. 1 lit. a) GEO-ZGB) obliegt, nicht jeden theoretisch denkbaren Rechtsgrund für die erbrachte Leistung ausschließen. Es genügt vielmehr, wenn er im ersten Schritt behauptet, dass ein Rechtsgrund nicht vorhanden sei sowie - wenn sich der Beweisgegner auf einen Rechtsgrund beruft - im zweiten Schritt darlegt und beweist, dass der vom Beweisgegner vorgetragene Rechtsgrund nicht besteht. Dabei trifft den Schuldner des Bereicherungsanspruchs hinsichtlich des von ihm behaupteten Rechtsgrunds eine erweiterte (sekundäre) Darlegungslast, wenn der Gläubiger außerhalb des von ihm darzulegenden Geschehensablaufes steht und daher keine nähere Kenntnis von den maßgeblichen Tatsachen besitzen kann, während er selbst über derartiges Wissen verfügt und ihm nähere Angaben zumutbar sind.

Die Grundsätze der **sekundären Darlegungslast** können auch zur Anwendung kommen, wenn sich die darlegungs- und beweisbelastete Partei auf Umstände beruft, die sich im **Wahrnehmungsbereich des Beweisgegners** befinden. Wie bereits beim Bereicherungsanspruch dargestellt, ist Voraussetzung hierfür, dass der Beweispflichtige außerhalb des von ihm darzulegenden Geschehensablaufes steht und keine nähere Kenntnis von den maßgeblichen Tatsachen besitzen kann. Im Rahmen des Zumutbaren kann vom Beweisgegner dann verlangt werden, dass er nicht nur den Vortrag des Beweispflichtigen bestreitet, sondern den von ihm behaupteten Geschehensablauf substantiiert darlegt. Hierunter fallen etwa die für einen Prozessvortrag und für eine Beweisführung erforderlichen Kenntnisse von innerbetrieblichen Rechtshandlungen des Beweisgegners, von dessen unternehmerischen Kalkulationsgrundlagen oder von dessen Geschäftsunterlagen. Gleiches kann gelten, wenn es darum geht, ob der Beweisgegner ihm zumutbare Maßnahmen ergriffen hat, um einen Schaden zu reduzieren, beispielsweise ob er sich nach der Kündigung eines Dienst- oder Werkvertrages hinreichend um eine andere Erwerbsmöglichkeit oder um Ersatzaufträge bemüht hat, um hierdurch anrechenbare (schadensmindernde) andere Einkünfte zu erzielen.

Bei einer Beweisnot des Beweispflichtigen bestehen teilweise gesetzliche **Auskunftsansprüche**. Über die ausdrücklichen gesetzlichen Regelungen hinaus hat die deutsche Rechtsprechung aus dem Grundsatz von Treu und Glauben (§ 242 GER-BGB) abgeleitete Auskunftspflichten entwickelt. Für diese ist erforderlich, dass der Berechtigte in entschuldbarer Weise über das Bestehen oder über den Umfang seines Rechts im Ungewissen ist, er sich die zur Vorbereitung und gerichtlichen Durchsetzung seines Anspruchs notwendigen Informationen nicht in zumutbarer Weise selbst beschaffen kann und der Verpflichtete die zur Beseitigung dieser Ungewissheit erforderlichen Auskünfte unschwer zu geben vermag. Die Voraussetzungen für solche Auskunftspflichten sind aber im deutschen Recht insgesamt

betrachtet dennoch deutlich strenger als im georgischen Recht (Art. 318 GEO-ZGB).

Diese Auskunftsansprüche wirken aber nicht unmittelbar auf die allgemeinen verfahrensrechtlichen Anforderungen an die Darlegungs- und Beweislast ein. Insbesondere ist es im deutschen Verfahrensrecht nicht eröffnet, diese Auskunftsansprüche quasi inzident innerhalb des über den Hauptanspruch anhängigen Rechtsstreits zu verfolgen. Erst recht kann dem Beweisgegner nicht wegen einer ihm obliegenden materiell-rechtlichen Auskunftspflicht unmittelbar die Beweislast hinsichtlich der auskunftspflichtigen Gegebenheiten auferlegt werden. Die deutsche Zivilprozessordnung ermöglicht es dem Kläger jedoch, den Auskunftsanspruch und den Hauptsacheanspruch mittels der sog. Stufenklage nach § 254 GER-ZPO in einem einzigen Klageverfahren, wenn auch in verschiedenen verfahrensrechtlichen Etappen (Stufen), zu verfolgen.

XIV. Schadensursächlichkeit einer Pflichtverletzung

Erheblich praktische Bedeutung haben die Grundsätze der Rechtsprechung zur Beweislast für die Schadensursächlichkeit einer Pflichtverletzung. Oft ist bei Schadenersatzansprüchen in der Praxis gar nicht die Pflichtverletzung des eigentlichen Problems, sondern der hypothetische Kausalverlauf. Hierzu gibt es in Deutschland eine ausdifferenzierte Rechtsprechung, die hier nur in ihren Grundzügen dargestellt werden kann.

Ein grober ärztlicher Behandlungsfehler, der grundsätzlich einen Schaden der tatsächlich eingetretenen Art auslösen kann, führt regelmäßig dazu, dass sich die Beweislast für den ursächlichen Zusammenhang zwischen dem Behandlungsfehler und dem Gesundheitsschaden umkehrt. Des Weiteren tritt eine Beweislastumkehr hinsichtlich der Kausalität ein, wenn sich die Unterlassung einer aus medizinischer Sicht gebotenen Befunderhebung als grob fehlerhaft darstellt.

Nach ständiger Rechtsprechung spricht bei der Verletzung von Aufsichts- und Überwachungspflichten (etwa Aufsicht in Badeanstalten, Aufsicht über Kinder, Überwachung des Betriebs gefährlicher Anlagen) eine tatsächliche Vermutung für die Schadensursächlichkeit einer Pflichtverletzung, wenn eine ordnungsgemäße Überwachung oder Beaufsichtigung geeignet gewesen wäre, den Schaden zu verhindern und sich gerade diejenige Gefahr verwirklicht hat, der durch die verletzte Verhaltenspflicht begegnet werden sollte .

Darüber hinaus besteht in der deutschen Rechtsprechung die Tendenz, eine Beweislastumkehr in Bezug auf die objektive Verletzung einer vertraglichen Verhaltenspflicht (hinsichtlich des Verschuldens trifft den Schuldner ohnehin nach § 280 Abs. 1 GER-BGB eine Pflicht zur Exkulpation) dann anzunehmen, wenn die Schadensursache aus dem Gefahren- und Verantwortungsbereich des Beweisgegners hervorgegangen ist.

Zudem misst die deutsche Rechtsprechung Vertragsurkunden eine Vermutung dafür bei, dass in ihnen die rechtsgeschäftlichen Erklärungen der Vertragsparteien vollständig und richtig wiedergegeben sind. Eine Partei, die sich auf einen vom Wortlaut der Urkunde abweichenden Willen beruft, ist hierfür

beweispflichtig. Diese Vermutung für eine vollständige und richtige Wiedergabe des Gewollten setzt allerdings voraus, dass der Wortlaut der Urkunde geeignet ist, um den Vertragsinhalt bestimmen zu können. Bleibt die sprachliche Fassung unklar, kann keine Vermutung für eine bestimmte Erklärung begründet werden.

Diese Vermutung gilt nur im Verhältnis der Vertragsparteien zueinander, da nur sie darüber befinden können, ob sie ihren rechtsgeschäftlichen Willen vollständig oder nur teilweise in einer Vertragsurkunde niederlegen. Zudem wäre den Partner eines Vertrages ansonsten eröffnet, durch eine bewusst unvollständige oder unrichtige Wiedergabe ihres tatsächlichen Willens Dritte zu schädigen.

ულრიხ ჰაგენლოხი

მოხსენება ილიას უნივერსიტეტში

21 ივნისი, 2018 წელი

მტკიცების ტვირთი გერმანულ საპროცესო სამართალში

I.	შესავალი.....	18
II.	მითითების ტვირთის ფუნქცია	19
III.	მტკიცების ტვირთის ფუნქცია	20
IV.	მითითების ტვირთისა და მტკიცების ტვირთის ურთიერთმიმართება.....	20
V.	მოთხოვნები ფაქტობრივი გარემოებების დასაბუთებულობის მიმართ.....	20
VI.	მტკიცების ტვირთი	24
VII.	მტკიცების ტვირთის ზოგადი პრინციპებისგან გადახვევის სხვა შემთხვევები:.....	27
VIII.	მტკიცების ტვირთი ქონების დაზღვევის შემთხვევასთან დაკავშირებით.....	28
IX.	მტკიცებულების წარმოდგენის ხელშეშლა.....	28
X.	დოკუმენტირების ვალდებულება.....	28
XI.	პირისპირ საუბარი.....	29
XII.	ზიანის შეფასება.....	29
XIII.	მეორადი მითითების ტვირთი.....	30
XIV.	ვალდებულების დარღვევის მიზეზობრივი კავშირი ზიანის დადგომასთან	32

I. შესავალი

სამოქალაქო პროცესი მოსაწყენია. ხშირად ზუსტად ამის, ან მსგავსი წინადადებების მოსმენა მიწვედა სტუდენტობის პერიოდში. მიუხედავად ამისა, მინდა გავრისკო და ამ „მოსაწყენ თემასთან“ დაკავშირებით წავიკითხო თქვენთვის მოხსენება; კერძოდ, ჩემ მოხსენებაში საუბარი იქნება პრაქტიკაში ყველაზე მნიშვნელოვან სფეროზე: **მტკიცების ტვირთზე**.

სამოქალაქო სამართლის დავების უმრავლესობა წყდება მითითების ტვირთის, მტკიცების ტვირთისა და მტკიცებულების შეფასების ეტაპზე. ყოველ შემთხვევაში, გერმანიის უმაღლეს ფედერალურ სასამართლოში საკასაციო წარმოების გარდა, რაც დაახლოებით შესატყვისია საქართველოს უზენაესი სასამართლოს საკასაციო წარმოებისა, მტკიცების ტვირთისა და - რასაც დღეს დროის სიმცირიდან გამომდინარე მხოლოდ ზოგადად შევხები - მტკიცებულებების შეფასების საკითხები, ხშირად უფრო

მნიშვნელოვანია, ვიდრე დანარჩენი მატერიალურ-სამართლებრივი და პროცესუალური თემები. მტკიცების ტვირთის პრინციპებს გერმანულ სამართალში კანონი კი არ აწესრიგებს, არამედ, უხსოვარი დროიდან, ისინი ესმით, როგორც დაუწერელი ფუნდამენტური წესები, რომ მაგალითად, უფლების წარმომშობი შესაგებლისთვის მტკიცების ტვირთი მოდის კრედიტორზე, ხოლო უფლების შემწყვეტი, უფლების დამაბრკოლებელი და უფლების შემაფერხებელი შესაგებლებისთვის მტკიცების ტვირთი მოდის მოვალეზე. ძალზე გამარტივებულად შეიძლება ითქვას, რომ თითოეულმა მხარემ უნდა ამტკიცოს მისთვის ხელსაყრელი სამართლებრივი გარემოებები. ამ კუთხით გერმანული და ქართული სამართალი სრულ თანხვედრაშია ერთმანეთთან. განსხვავება ამ ორ მართლწესრიგს შორის მდგომარეობს მხოლოდ იმაში, რომ ის, რაც საქართველოს სამოქალაქო საპროცესო კოდექსის 102-ე მუხლითაა მოწესრიგებული, გერმანიაში, იგივე შინაარსით, მოქმედებს, როგორც სამართლის ზოგადი პრინციპი.

რამდენადაც გასაგებია პრინციპები, იმდენად მრავალფეროვანია მათგან გადახვევის და მათი პირდაპირი დარღვევის შემთხვევები. გერმანიაში, მხარეებს შორის მტკიცების ტვირთის ობიექტურად განაწილებასთან დაკავშირებით დამკვიდრდა ძალზე განსხვავებული სასამართლო პრაქტიკა. საერთო ჯამში, ამის უკან დგას იდეა, რომ ყველა მხარეს აქვს ეფექტური სამართლებრივი დაცვის მიღების მოთხოვნის უფლება და აქედან გამომდინარე, იმგვარად უნდა მოხდეს მტკიცების ტვირთის განაწილება, რომ სასამართლომ მხარეს არ მოსთხოვოს იმის მტკიცება, რის მტკიცებას მისთვის ფაქტობრივად შეუძლებელია. აქედან გამომდინარე, მტკიცების ტვირთისას საქმე ეხება **ეფექტური სამართლებრივი დაცვის** შესაძლებლობის მინიჭებას და ამით, საბოლოო ჯამში, მხარის კონსტიტუციურ უფლებას.

მოდით მივყვეთ თანამიმდევრულად:

II. მითითების ტვირთის ფუნქცია

მტკიცების ტვირთის წინ უსწრებს **მითითების ტვირთი**.

მითითების ტვირთისას საქმე ეხება იმას, თუ რამდენად კონკრეტულად უნდა წარმოადგინოს მხარემ ფაქტობრივი გარემოებები, რამეთუ ამათ საერთოდ შეიძინოს საპროცესო-სამართლებრივი მნიშვნელობა. სხვა სიტყვებით: საქმე ეხება იმას, თუ რა **შინაარსობრივი დასაბუთებულობა** უნდა გააჩნდეს ფაქტობრივ გარემოებებს, რამეთუ ის სასამართლოსთვის სავალდებულოდ გასათვალისწინებელი იყოს ...

ფაქტობრივი გარემოებების გათვალისწინების უმთავრესი წინაპირობაა მათი წარმოდგენის ვალდებულების მქონე მხარის მიერ მათი **საკმარისად დასაბუთებულად** წარმოდგენა სამართლებრივი დავისას. მოსამართლეს არ აქვს უფლება შეამოწმოს დაუსაბუთებელი ფაქტობრივი გარემოებები, რაც მისთვის, ასე რომ ვთქვათ, სამართლებრივად არ არსებულა. თუ მხარის განმარტებები დაუსაბუთებელია, მაშინ იმთავითვე არ განიხილება მტკიცების ტვირთისა და მტკიცებულებების შეფასების საკითხი.

თუმცადა მოსამართლე საპროცესო-სამართლებრივად, ზოგადად, ვალდებულია, რომ მიუთითოს ამაზე მანამდე, სანამ ის უარს იტყოდეს მხარის მიერ წარმოდგენილი ფაქტობრივი გარემოებების გათვალისწინებაზე მათი არასაკმარისად დასაბუთებულობის გამო: ამით მხარეს ეძლევა წარმოდგენილი ფაქტობრივი გარემოებების ნაკლოვანებების აღმოფხვრის შესაძლებლობა. გერმანიაში, მოსამართლის მითითების ამ ვალდებულების მოცულობასა და საზღვრებთან დაკავშირებით არსებობს

კანონისმიერი რეგულაციები და მოცულობითი სასამართლო პრაქტიკა, თუმცა ამ მოხსენების ფარგლებში თავს შევიკავებდი ამ საკითხის უფრო დაწვრილებით განხილვისგან.

III. მტკიცების ტვირთის ფუნქცია

თუ მხარემ შეასრულა საკუთარი ვალდებულება და საკმარისად დასაბუთებულად წარმოადგინა ის ფაქტობრივი გარემოებები, რომელზეც ამყარებს საკუთარ მოთხოვნას, მოსამართლე **გადადის მტკიცების ტვირთის სტადიაზე**, რამაც ორი რამ უნდა გადაწყვიტოს:

- რომელმა მხარემ უნდა ამტკიცოს, რომელი ფაქტები?
- რომელი ფაქტები უნდა დაუდოს სასამართლომ საფუძვლად საკუთარ გადაწყვეტილებას, თუ სასამართლო, მტკიცებულების შეგროვების შემდეგ, მაგ. მოწმეთა დაკითხვის შემდეგ, ვერ დაადგენს პოზიტიურად სახეზე იყო თუ არა განსაზღვრული ფაქტი? წარმოგიდგენთ ორ მაგალითს: რომელი ფაქტები უნდა დაუდოს სასამართლომ საკუთარ გადაწყვეტილებას, თუ მას არ შეუძლია დაადგინოს, თუ ავტოსაგზაო შემთხვევის რომელმა მონაწილემ გაიარა გზაჯვარედინზე, როდესაც მისი შუქნიშანი წითელი იყო. ან: რა გადაწყვეტილება უნდა მიიღოს სასამართლომ, თუ ვერც დგინდება და ვერც გამოირიცხება, რომ ძვირადღირებული ზარის განხორციელება მართლაც განსაზღვრული მულტიფუნქციური ტელეფონიდან განხორციელდა?

IV. მითითების ტვირთისა და მტკიცების ტვირთის ურთიერთმიმართება

მტკიცების ტვირთსა და მითითების ტვირთს შორის არსებობს **მჭიდრო ურთიერთმიმართება**. მტკიცების ტვირთის მქონე მხარის პროცესუალური ვალდებულებაა დასაბუთებულად წარმოადგინოს ფაქტი. თუ მტკიცების ტვირთი არ არის მხარეზე, მაშინ მხარეს სამოქალაქო პროცესში, როგორც წესი, შეუძლია შემოიფარგლოს მითითების ტვირთის მქონე მხარის მიერ წარმოდგენილი ფაქტობრივი გარემოებების უარყოფით. იმ შემთხვევაში, თუ ადგილი აქვს მტკიცების ტვირთის შებრუნებას ან შემსუბუქებას, რასთან დაკავშირებითაც მოგვიანებით უფრო დაწვრილებით მექნება საუბარი, ამას გავლენა ექნება აგრეთვე მითითების ტვირთზე.

V. მოთხოვნები ფაქტობრივი გარემოებების დასაბუთებულობის მიმართ

მითითების ტვირთისას გადამწყვეტი მნიშვნელობის მქონე კითხვაა: რამდენად კონკრეტული უნდა იყოს მხარის ახსნა-განმარტება იმისთვის, რომ მოსამართლემ ის საკმარისად დასაბუთებულად მიიჩნიოს, მაშასადამე, პროცესუალურად გასათვალისწინებელი იყოს ის. ალბათ არ გაგიკვირდებათ: არ არსებობს მზა რეცეპტი ამ კითხვაზე პასუხის გასაცემად. თუმცა არსებობს მთელი რიგი პრინციპები. საბოლოოდ კი მოსამართლეზეა დამოკიდებული ამ პრინციპების სათანადოდ გამოყენება ცალკეულ შემთხვევებში, რისთვისაც მოსამართლე ძალზე დაკვირვებული უნდა იყოს.

მიიჩნევა, რომ მხარემ შეასრულა **მითითების ტვირთით** მასზე დაკისრებული ვალდებულება, რამდენადაც სასამართლოს, მხარის მიერ გაკეთებული ახსნა-განმარტების საფუძველზე, შეუძლია შეაფასოს სახეზეა თუ არა განსაზღვრული სამართლებრივი შედეგის დადგომისთვის აუცილებელი ნორმის წინაპირობები. თუ მხარის ახსნა-განმარტება აკმაყოფილებს ამ მოთხოვნებს, მაშინ, როგორც

წესი, აღარ არის საჭირო მხარისგან დამატებითი დეტალების წარმოდგენის მოთხოვნა, როგორცაა მაგ. განსაზღვრული გარემოებების ზუსტი დრო და მიმდინარეობა.

განსხვავებული მოქმედებს მხოლოდ მაშინ, თუ კონკრეტულ საქმეზე მნიშვნელოვანია ამ გარემოებების ცოდნა. თუ მაგალითად, ავტოსაგზაო შემთხვევა მოხდება გზაჯვარედინზე, საკმარისია, თუ მოსარჩელე აცხადებს, რომ მან მწვანეზე გაიარა, ხოლო მოპასუხემ წითელზე. იწვიმა თუ არა, მოყინული იყო თუ არა გზის სავალი ნაწილი, ან კონკრეტულად როგორი იყო ხილვადობასთან დაკავშირებული სიტუაცია, ამის შემდეგ, როგორც წესი, ყველა შემთხვევაში არაარსებითია. ხოლო, თუკი ავტოსატრანსპორტო საშუალება შეჯახების აცილების გამო მოსრიალდება, სავსებით შესაძლებელია, რომ კითხვა, შეეძლო თუ არა საჭესთან მჯდომ პირს თავიდან აეცილებინა ავტოსაგზაო შემთხვევის თავიდან აცილების შედეგად დამდგარი სიტუაცია და შესაბამისად მოსრიალება, დამოკიდებული იყოს იმაზე, თუ რა მდგომარეობაში იყო გზის სავალი ნაწილი, მაგ. სველი ან მოყინული, თუ გადასაადგილებლად უსაფრთხო. ამ შემთხვევაში, მხარემ ამასთან დაკავშირებით აუცილებლად უნდა გააკეთოს ახსნა-განმარტება.

ამ პრინციპების შედეგია აგრეთვე, რომ სამართლებრივ დავაში, რომლის დროსაც საქმე ეხება ნასყიდობის სამართლიდან გამომდინარე **ნაკლის აღმოფხვრის მოთხოვნის უფლებებს** საკმარისია კონკრეტული ნივთობრივი ნაკლის დასახელება, რაც გულისხმობს ამ ნაკლთან დაკავშირებული გარემოებების (ეგრეთ. „ნაკლის სიმპტომები“) დილექტანტურ აღწერას. მყიდველს, ამისგან განსხვავებით, არ ევალება დაასახელოს შედავებული ნაკლის მიზეზი, ან წარმოადგინოს ტექნიკური ურთიერთმიმართებები. ანალოგიური მოქმედებს ნარდობის ან ქირავნობის ხელშეკრულებებისას მითითებულ ნაკლთან დაკავშირებით. თუ საკმარისად მოხდება ნაკლის წარმოდგენა, ნაკლის სიმპტომების დილექტანტური აღწერით, სასამართლო ვალდებულია შეაგროვოს ნაკლის არსებობისთვის შემოთავაზებული და გადაწყვეტილების მისაღებად რელევანტური მტკიცებულებები და საჭიროების შემთხვევაში დაუსვას ექსპერტს მტკიცებულებებისთვის არსებითი მნიშვნელობის მქონე კითხვები.

თუ მაგალითად, ავტომანქანის მყიდველი ახორციელებს ნაკლის აღმოფხვრის მოთხოვნის უფლებას, საკმარისია, თუ ის განაცხადებს, თუ რა აღარ უმუშავებს ავტომანქანას, მაშასადამე, მაგ. რომ ძრავი ქრება მოძრაობისას, ან რომ მაყუჩიდან გამოდის დიდი მოცულობით შავი კვამლი. თუ მოქირავნე ითხოვს ნაკლის აღმოფხვრას, საკმარისია თუ მიუთითებს, რომ სააბაზანოში მუდმივად ტენიანია ერთ-ერთი კედელი და რომ ამ კედელს სოკო გაუჩნდა. ის არ არის ვალდებული მიუთითოს, თუ რაში მდგომარეობს ნაკლი.

განსაზღვრული თავისებურებები გამომდინარეობს, ეგრეთწოდებული **შინაგანი ფაქტებიდან**, რომელიც უკავშირდება ადამიანის ნების ფორმირებას ან წადილს. ეს სახეზეა მაგ. განზრახვის არსებობისას, თუმცა აგრეთვე აზრის ფორმირების ან შინაგანი დამოკიდებულებისას.

მსგავს შინაგან პროცესებთან დაკავშირებით ვერ იქნება წარმოდგენილი პირდაპირი მტკიცებულებები მესამე პირების მხრიდან. მოსამართლეს ხომ არ შეუძლია ჩაიხედოს სხვა ადამიანის გონებაში. მას შეუძლია გარეგანი ჩარჩო-პირობებისა და განსაზღვრული ქცევების საფუძველზე დაასკვნას, თუ სავარაუდოდ რა უტრიალებდა თავში კონკრეტულ ადამიანს. თავისთავად ცხადია, რომ ცალკეულ შემთხვევებზეა დამოკიდებული ის, თუ ლოგიკურად რამდენად შესაძლებელია მსგავსი დასკვნების გაკეთება.

მითითების ტვირთისთვის ეს ნიშნავს: შინაგან ფაქტორებთან დაკავშირებით საკმარისად დასაბუთებული ფაქტობრივი გარემოებების წინაპირობაა, რომ დასახელდეს ის **არაპირდაპირი ფაქტები**, საიდანაც უნდა გამომდინარეობდეს სხვა პირის შინაგანი სურვილი ან ნების ფორმირება.

მხოლოდ ამის შემდეგ შეუძლია სასამართლოს შეამოწმოს, დასაბუთებულია თუ არა მხარის მსგავსი ახსნა-განმარტება, მამასადამე, საკმარისად დასაბუთებულია თუ არა ის იმისთვის, რომ დაუშვას დასკვნის გაკეთება მითითებულ შინაგან ფაქტთან დაკავშირებით.

თუ მსგავსი დასკვნა ვერ გამოიტანება დასაბუთებულად, დაუსაბუთებლად ჩაითვლება უკვე თვითონ მხარის მიერ წარმოდგენილი ფაქტობრივი გარემოებები. თუ, მაგალითად, გამჭირავებელი განაცხადებს, რომ მოქირავნემ ხელშეკრულების დადებისთანავე იცოდა ქირავნობის ნივთის ნაკლის შესახებ, რის გამოც მას არ წარმოეშობა ნაკლის აღმოფხვრის მოთხოვნის უფლება, საჭიროა გამჭირავებელმა დაასახელოს ის გარემოებები, რომლის საფუძველზეც, საკმარისი დამაჯერებლობით შეიძლება დავასკვნათ, მოქირავნის მიერ, ხელშეკრულების დადების მომენტში, მითითებული ნაკლის ცოდნა. ამისთვის, ზოგადად, ეჭვგარეშეა, რომ არ არის საკმარისი ის ფაქტი, რომ მოქირავნემ ხელშეკრულების დადებამდე დაათვალიერა ბინა. იმ შემთხვევაში, თუ საქმე ეხება ნაკლს, რომლის ვერ დანახვაც შეუძლებელია ბინის დათვალიერებისას, შეიძლება ვივარაუდოთ, რომ მოქირავნემ მართლაც იცოდა არსებული ნაკლის შესახებ; მაგ. თუ სააბაზანოს ერთი კედლიდან რამდენიმე შორეულკეცი იყო ჩამოვარდნილი და პოტენციურმა მოქირავნემ ეს სააბაზანოც დაათვალიერა.

თუ აზრის ფორმირება ან განზრახვა ამოცნობადია გარეშე პირების მიერ, საკმარისია მითითება, თუ როგორ მოხდა საკუთარი შინაგანი დამოკიდებულების სხვისთვის აღქმადი ფორმით გამოხატვა; ამ შემთხვევაში, აღარ არის საჭირო დამატებითი არაპირდაპირი ფაქტების დასახელება. თუმცა, ბუნებრივია, პრაქტიკაში ამ მიმართულებით საჭიროა სიფრთხილის გამოჩენა, თუ ქცევა არ გამოხატულა გასაგებად წარმოდგენილი ზეპირი ან წერილობითი ფორმით. მართალია, თავის დაქნევა შეიძლება საკმარისი იყოს, როგორც დასტური, თუმცა, მიუხედავად ამისა, ამასთან დაკავშირებით საჭიროა ფრთხილი მიდგომა. ეს მით უფრო მოქმედებს, თუ გამყიდველი ფიქრობს, რომ მას შეუძლია მყიდველის მიმიკიდან ამოიკითხოს თანხმობა. ყველა ახალგაზრდა ადამიანი, რომელსაც თვალეზი უბრწყინავს სპორტული ავტომანქანის შემხედვარეს, როდი გამოხატავს ამით ამავდროულად ოფერტზე თანხმობას.

დასაბუთებულობის ვალდებულების მოცულობისას აგრეთვე გასათვალისწინებელია, თუ რომელი ინფორმაციის მიღება შეიძლება იყოს შესაძლებელი და მოთხოვნადი მხარისგან. დაირღვეოდა ეფექტური მართლმსაჯულების კონსტიტუციურ-სამართლებრივი მოთხოვნის უფლება, თუ სასამართლო, მხარის ახსნა-განმარტებების დასაბუთებულობისთვის იმგვარ მოთხოვნებს დააწესებდა, რომლის შესრულება ფაქტობრივად შეუძლებელია დაინტერესებული მხარის მიერ. აქედან გამომდინარე, დასაბუთებულობის ვალდებულების მოცულობისთვის მოქმედებს ანალოგიური მიდგომა, როგორც მტკიცების ტვირთის მქონე მხარის შემთხვევაში, რომელიც, მართალია, დარწმუნებულია მის მიერ წარმოდგენილი გარემოების სინამდვილეში, თუმცა არ აქვს ამისთვის მტკიცებულება. ამასთან დაკავშირებით მოგვიანებით კიდევ იქნება მსჯელობა.

გარდა ამისა, არსებობს ურთიერთმიმართება ერთი მხარის მიერ წარმოდგენილი ფაქტობრივი გარემოებების ინტენსიურობასა და მეორე მხარის მიერ ამ გარემოებების შეპასუხებას შორის. რაც უფრო დასაბუთებულად წარმოადგენს მითითების ტვირთის მქონე მხარე ფაქტობრივ გარემოებებს, მით უფრო ნაკლებად შეეძლება საპროცესო მოწინააღმდეგეს ამ გარემოებების მხოლოდ ზოგადად შედავება ან უბრალოდ საპირისპიროს მტკიცება. თუმცა დასაბუთებული საპირისპირო ახსნა-განმარტების ვალდებულების წინაპირობაა, რომ მხარისთვის შესაძლებელი იყოს მსგავსი ახსნა-განმარტების გაკეთება და მას ეს უნდა მოეთხოვებოდეს. ეს, როგორც წესი, ივარაუდება კიდევ, რამდენადაც მითითებული გარემოებები რეალიზდება მათი აღქმის სფეროს ფარგლებში. აქედანაც ჩანს, რომ მითითების ვალდებულების ინტენსიურობა დამოკიდებულია მხარის აღქმის შესაძლებლობებზე.

მითითების ტვირთი განსაკუთრებულ მნიშვნელობას იძენს **ხელშეკრულებების ზეპირი ფორმით დადებისას**. ამ შემთხვევაში, კრედიტორმა უნდა განაცხადოს, თუ ვის შეუთანხმდა და რაზე. ნასყიდობის შემთხვევაში, ამაში შედის ნასყიდობის ნივთის დასახელება, კონტრაქტის დასახელება და საჭიროების შემთხვევაში კონტრაქტისთვის მოქმედი პირისა და, როგორც წესი, აგრეთვე ნასყიდობის ფასის მითითება. ამისგან განსხვავებით, კრედიტორს არ ევალება დეტალურად გადმოსცეს სახელშეკრულებო მოლაპარაკებები. განსაკუთრებით არ ევალება მას ზუსტად მიუთითოს თუ ვინ, როდის და ვის მიმართ რა განაცხადა. არ არის აუცილებელი მითითება დროსთან და განსაზღვრული პროცესების მიმდინარეობასთან დაკავშირებით, რამდენადაც ამას არ აქვს მნიშვნელობა სამართლებრივი შედეგისთვის.

თუ სასამართლო მნიშვნელობას ანიჭებს ამ დეტალებს მითითების სანდოობის ან ალბათობისთვის, მაშინ ეს უნდა გაირკვეს მტკიცებულებების შეგროვებისას მოსამართლის მიერ შესაბამისი ჩაკითხვებით. მითითების ტვირთის მოცულობისთვის არ აქვს მნიშვნელობა აღწერილი ფაქტობრივი გარემოებების სანდოობის ხარისხს. ამას პრაქტიკული მნიშვნელობა აქვს მაშინ, თუ მხარე ხელშეკრულების დადების ფარგლებში უთითებს ისეთ გარემოებაზე, რომელიც არ არის თანხვედრაში ხელშეკრულების შინაარსთან. თუ, მაგ. მეორადი ავტომანქანის მყიდველი უთითებს, რომ გამყიდველმა მას გარანტია მისცა იმასთან დაკავშირებით, რომ ავტომანქანა არასდროს ყოფილა დაზიანებული ავტოსაგზაო შემთხვევის შედეგად და თუ ამასთან დაკავშირებით არაფერი წერია ხელშეკრულებაში, მითითების ტვირთის საგანს არ წარმოადგენს ის, რომ მყიდველმა გასაგებად განმარტოს, თუ რამ გამოიწვია ამ ურთიერთგამომრიცხავი ჩვენებების არსებობა. სანამ მყიდველი ნაადრევად გაიხარებდეს, უნდა ითქვას, რომ: მტკიცებულებების შეფასების ფარგლებში შესაძლოა მისთვის გართულდეს სასამართლოს დარწმუნება ზეპირსიტყვიერი შეთანხმების არსებობასთან დაკავშირებით. არსებობს პრეზუმფცია იმასთან დაკავშირებით, რომ ხელშეკრულების მხარეები წერილობით ხელშეკრულებაში სრულყოფილად და სწორად ითვალისწინებენ იმას, რაც მათ სურთ. გამარტივებულად რომ ვთქვათ, შესაბამისად მოქმედებს: მყიდველზეა მტკიცების ტვირთი იმის დასამტკიცებლად, რომ არასწორია ხელშეკრულების შინაარსი. ამ საკითხს მოგვიანებით კვლავ დავუბრუნდები.

მხარეს შეუძლია სამართლებრივი დავის მსვლელობისას **შეცვალოს** ფაქტობრივი გარემოებები, უპირველეს ყოვლისა, დააზუსტოს, განავრცოს ან შეასწოროს, ან თუნდაც, სულაც საპირისპირო ამტკიცოს. თუმცა, ამ შემთხვევაშიც, მოქმედებს: მხარის მიერ წარმოდგენილი ფაქტობრივი გარემოებების ცვლილებით წარმოშობილი წინააღმდეგობები ან შეუსაბამობები გაითვალისწინება მტკიცებულებების შეფასების ფარგლებში. ამასთან, გადამწყვეტი მნიშვნელობა ენიჭება აგრეთვე იმას, ეხება თუ არა საქმე გარემოებებს, რომელიც მხარის აღქმის სფეროს სცილდება და საჭიროების შემთხვევაში, ცვლილება მხარის მიერ წარმოდგენილ ფაქტობრივ გარემოებებში შეიძლება აიხსნას იმით, რომ ამასობაში სხვა დასკვნები გაკეთდა მესამე პირების მიერ წარმოდგენილი ინფორმაციის საფუძველზე. თუ პირიქით, შეიცვლება მხარის ახსნა-განმარტება მოვლენებთან დაკავშირებით, რომელიც საფუძვლად ედო მხარის აღქმას, ან, თუ მხარე, საერთოდ საწინააღმდეგოზე უთითებს, მაშინ, როგორც წესი, უფრო ლოგიკურია დავასკვნათ, რომ მხარის მიერ წარმოდგენილი ფაქტობრივი გარემოებების შეცვლა წარმოადგენს მხარის პროცესუალურ-ტაქტიკურ ნაბიჯს, მამასადამე, დაინტერესებული მხარე „სწრაფად მოერგო სიტუაციის ცვლილებას“. თუმცაღა მსგავსი ვარაუდის შემთხვევაშიც კი, რამდენადაც ეს სამართლებრივად რელევანტურია, უნდა შემოწმდეს მხარის მიერ წარმოდგენილი ეს ახსნა-განმარტება და მასში ცვლილებას, მტკიცებულებების შეგროვების ფარგლებში, შეიძლება მიენიჭოს არაპირდაპირი მტკიცებულების მნიშვნელობა.

VI. მტკიცების ტვირთი

როგორც უკვე აღინიშნა: მტკიცების ტვირთის საკითხი დაისმის მხოლოდ იმ ფაქტებთან დაკავშირებით, რომელზეც საკმარისად დასაბუთებულად მოხდა მითითება დასახელებული კრიტერიუმების გათვალისწინებით.

მტკიცების ტვირთის შეფასება ყოველთვის ხდება **კრედიტორსა და მოვალეს შორის** მატერიალური სამართლიდან გამომდინარე **ურთიერთობიდან** და არა მოსარჩელე-მოპასუხის პროცესუალური კონსტელაციის შესაბამისად. ამიტომაც, ნეგატიური აღიარებითი სარჩელისას, მხარეთა „გადანაცვლებული“ როლები არაფერს ცვლის მატერიალურ მტკიცების ტვირთთან დაკავშირებით. მითუმეტეს სულერთია, მოთხოვნის განხორციელება გაქვითვის გზით ხდება, თუ შეგებებული სარჩელით.

ეს მჭიდრო კავშირი მატერიალურ სამართალთან არის აგრეთვე იმის მიზეზი, რის გამოც გერმანიაში **მტკიცების ტვირთის სამართალი** ესმით, როგორც **მატერიალური სამართლის** და არა საპროცესო სამართლის ნაწილი. ეს საკითხი მნიშვნელოვანია არა მხოლოდ სამართლის დოგმატიკის კუთხით, არამედ მას აქვს აგრეთვე პრაქტიკული გავლენა იმდენად, რამდენადაც მატერიალურ სამართალს მიკუთვნებით უნდა შემოწმდეს მტკიცების ტვირთის სწორად გამოყენება საკასაციო წარმოებისას აგრეთვე შესაბამისი პროცესუალური შეცდომების განხორციელების გარეშე (შდრ. ქართულ სამართალში საკასაციო სამართალწარმოებასთან დაკ.: სსკ-ის 404-ე მუხ. პირველი ნაწილის მე-2 წინ., 396-ე მუხ. პირველი ნაწ. „ვ“ ქვეპუნქტი).

როგორც დასაწყისში უკვე მოკლედ ვახსენე, როგორც წესი, ყველა მხარემ უნდა ამტკიცოს მისთვის ხელსაყრელი ფაქტები, მაშასადამე, მისი მოთხოვნის უფლების ან შესაგებლის ფაქტობრივი წინაპირობები. თუმცა ჩვენი ყოველდღიური ყოფა ძალზე მრავალფეროვანი და კომპლექსურია იმისთვის, რომ „ხელსაყრელისა“ და „არახელსაყრელის“ მიხედვით მსგავსი სახით უხეშად დაყოფით შესაძლებელი იყოს მტკიცების ტვირთის ობიექტურად განაწილება. მაგალითისთვის კმარა აგრეთვე ავტორიზაციის დადასტურება ონლაინ საბანკო მომსახურების მიღების დროს. ან: წარმოიდგინეთ, საკუთარ სახლში ცოტა მომეტებული სიძლიერით დგამთ მაგიდაზე გაზიანი გამაგრებელი სასმელის შუშის ბოთლს, რომელიც გასკდება, რის შედეგადაც ხელი გაგეჭრებათ. როგორ გინდათ დაამტკიცოთ, თუ რამ გამოიწვია ბოთლის გასკდომა?

ეს მაგალითები უკვე გვიჩვენებს, რომ ზოგადი პრინციპი, რომლის მიხედვით, ყოველმა მხარემ უნდა მიუთითოს და ამტკიცოს მისთვის ხელსაყრელი გარემოებები, ხშირად არ არის შესატყვისი მიდგომა, რამაც ფაქტობრივად შეიძლება მიგვიყვანო ეფექტურ სამართლებრივ დაცვაზე უარის თქმამდე.

მოდით გავაანალიზოთ დეტალურად:

ბევრ მატერიალურ-სამართლებრივ დებულებაში, როგორც გერმანულ ისე ქართულ კანონმდებლობაში, წარმოდგენილია წესისა და ამ წესისგან გამონაკლისის ურთიერთმიმართება. მსგავსი ეგრეთწოდებული **მტკიცების ტვირთის რეგულაციები** გამომდინარეობს კანონისმიერი ფორმულირებებისგან, როგორცაა „გარდა იმ შემთხვევისა“, „რამდენადაც ეს არ...“, „ანაზღაურების ვალდებულება გამოირიცხება, რამდენადაც“, „ეს არ მოქმედებს იმ შემთხვევაში, თუ“ და ა.შ. უპირველეს ყოვლისა, ახალ კანონებში სულ უფრო ხშირად ვაწყდებით მტკიცების ტვირთთან დაკავშირებით პირდაპირ რეგულაციებს, განსაკუთრებით, ვალდებულების დარღვევის მიზეზობრივ კავშირთან ზიანის დადგომასთან (მაგ. მედიკამენტების შესახებ გერმანული კანონის § 84-ის მე-2 ნაწ.) და მედიკამენტის მიღებასა და ჯანმრთელობის დაზიანებას შორის მიზეზობრივ კავშირთან დაკავშირებით; მსგავსი შინაარსისაა

აგრეთვე მწარმოებლის პასუხისმგებლობის შესახებ გერმანული კანონის § 1-ის მე-4 ნაწ. პროდუქტის ხარვეზის მიზეზობრივი კავშირის თაობაზე ზიანის დადგომასთან).

გერმანულ სამოქალაქო პროცესში განსაკუთრებული მნიშვნელობა ენიჭება საყოველთაოდ ცნობილი ფაქტების პრინციპს, რომელსაც აგრეთვე „პირველადი ვარაუდის მტკიცებულებად“ მოიხსენებენ. პირველადი ვარაუდის მტკიცებულება აკონკრეტებს საყოველთაოდ აღიარებულ ფაქტებს. მისი გამოყენება, უპირველეს ყოვლისა, ხდება იმ შემთხვევაში, როდესაც საყოველთაოდ აღიარებული ფაქტის შესაბამისად უნდა ამოვდიოდეთ განსაზღვრული შედეგის განსაზღვრულ მიზეზთან და/ან განსაზღვრულ მიზეზ-შედეგობრივ პროცესთან კავშირიდან, ან იმ შემთხვევაში, როდესაც საყოველთაოდ აღიარებული ფაქტის მიხედვით შეიძლება ვივარაუდოთ განსაზღვრული გარემოების საფუძველზე კონკრეტული შედეგის დადგომა.

გერმანიაში ამასთან დაკავშირებით, შემოკლებით, ხშირად, აგრეთვე ამბობენ, რომ პირველადი ვარაუდის მტკიცებულება „მეტყველებს ბრალეულობის არსებობის სასარგებლოდ“.

პირველადი ვარაუდის მტკიცებულების გამოყენების **წინაპირობას** წარმოადგენს ის, რომ **უდავო ან დამტკიცებული უნდა იყოს განსაზღვრული საწყისი გარემოება**, რომელიც საყოველთაოდ აღიარებული ფაქტების შესაბამისად, **დიდი ალბათობით, უთითებს განსაზღვრულ კავშირებზე**. ხოლო თუ ეს საწყისი გარემოება მხოლოდ შესაძლებლად შეიძლება იქნეს მიჩნეული, ამ შემთხვევაში, არ იქნება სახეზე პირველადი ვარაუდის მტკიცებულება.

პირველადი ვარაუდის მტკიცებულებას განსაკუთრებული მნიშვნელობა ენიჭება ავტოსაგზაო შემთხვევების მომწესრიგებელ კანონმდებლობაში. ამონარიდების სახით წარმოგიდგინებ აქტუალურ უმაღლეს სასამართლო პრაქტიკას გერმანიიდან:

- იმ ავტოსაგზაო შემთხვევებისას, რომლის დროსაც საქმე ეხება **უკნიდან დაჯახებას**, პირველადი ვარაუდი შესაძლოა მეტყველებდეს იმის სასარგებლოდ, რომ ავტოსაგზაო შემთხვევა გამოიწვია უკნიდან დამჯახებლის ბრალეულმა ქმედებამ. თუმცაღა ამის წინაპირობაა, რომ დასაწყისში სახეზე უნდა ყოფილიყო უკნიდან დაჯახებისთვის დამახასიათებელი ავტოსაგზაო ვითარება, მაშასადამე უკნიდან დაჯახება მოძრაობისას, დამუხრუჭებისას ან გზაჯვარედინზე მდგომ ავტომობილზე.

- ავტოსაგზაო შემთხვევისას, რომლის დროსაც საქმე ეხება მარცხენა მხარეს მომხვევი ავტომანქანის შეჯახებას გადამსწრებთან, პირველადი ვარაუდის მტკიცებულება მეტყველებს იმაზე, რომ მომხვევმა არ შეასრულა ეგრეთწოდებული მეორადი უკან გახედვის ვალდებულება (უშუალოდ მოხვევის მანევრის დაწყების წინ უკანა ხედვის სარკეში ჩახედვა) და აქედან გამომდინარე, ბრალი მიუძღვის ავტოსაგზაო შემთხვევის დადგომაში.

აგრეთვე თანამედროვე გადახდებისა და კომუნიკაციის მრავალი თანამედროვე ფორმისას, სულ უფრო მნიშვნელოვანი ხდება პირველადი ვარაუდის მტკიცებულებების პრინციპების გამოყენება პრაქტიკაში.

- გადახდის ავთენტურობის დადგენის ინსტრუმენტის დახმარებით განხორციელებული ონლაინ საბანკო ოპერაციისას პირველადი ვარაუდის მტკიცებულებების პრინციპები გამოიყენება, როდესაც კონკრეტულ ცალკეულ შემთხვევაში დადგენილია, ერთი მხრივ, აქტუალური ცოდნის საფუძველზე გამოყენებული უსაფრთხოების პროცედურის პრაქტიკული დაძლევის შეუძლებლობა, ხოლო, მეორე მხრივ, მისი შესატყვისი გამოყენება და უხარვეზო ფუნქციონირება.

- სატელეფონო საუბრების გადასახადის სისწორის პირველადი ვარაუდის მტკიცებულება სახეზეა, რამდენადაც ადგილი აქვს სერტიფიცირებული გამოთვლის სისტემის (ტელეკომუნიკაციის შესახებ გერმანული კანონის § 45^ზ მე-2 ნაწ.) გამოყენებას და როდესაც მოხდა მომხმარებლის დროული გასაჩივრების შემთხვევაში ტექნიკური შემოწმების (ტელეკომუნიკაციის შესახებ გერმანული კანონის §

45ი მე-2 ნაწ. მე-2 წინ. და მე-3 ნაწ. მე-2 წინ.) განხორციელება, რომლის შედეგადაც ვერ დადგინდა შეცდომის ან მანიპულაციის შემთხვევები.

გერმანული სასამართლო პრაქტიკა ამოდის იმ მოცემულობიდან, რომ ზოგადად არ არსებობს საკმარისი დარწმუნებით პროგნოზირებადი ადამიანის ქცევის სახეები განსაზღვრულ ცხოვრებისეულ სიტუაციებში. აქედან გამომდინარე, როგორც წესი, არ არის დასაშვები პირველადი ვარაუდის მტკიცებულება ადამიანური ნების ფორმირებისას, რომელიც, როგორც წესი, განპირობებულია ინდივიდუალური ფაქტორებით.

გერმანული სასამართლო პრაქტიკა განსაზღვრული კონსტელაციებისას ძალზე სიფრთხილით უდგება ადამიანური ქცევის ფორმების გამოყენებას პირველადი ვარაუდის მტკიცებულებებისას. ეს განსაკუთრებით მოქმედებს განმარტებისა და კონსულტაციის ვალდებულებების დარღვევის შემთხვევებში, რასაც კონსულტაციის შესატყვისი ქცევის ვარაუდსაც უწოდებენ. მხარეს ამ ვარაუდზე, ყველა შემთხვევაში, მაშინ შეუძლია დააფუძნოს საკუთარი მოთხოვნა, როდესაც ინტერესთა სიტუაციის ან სხვა ობიექტური გარემოებებიდან გამომდინარე, კონკრეტულ სიტუაციაში, შესატყვისი კონსულტაციის გაწევის შემთხვევაში, სახეზე იქნებოდა განსაზღვრული ნების ფორმირება. ეს განსაკუთრებით მოქმედებს ადვოკატების, საგადასახადო მრჩეველების ან ნოტარიუსების მხრიდან კონსულტაციის გაწევის შემთხვევებში. განსაკუთრებით იმ შემთხვევებში, როდესაც საქმე ეხება კონსულტაციის დაშვებულ შეცდომას კაპიტალდაბანდების სფეროში, ხშირად ძალზე რთულია სწორი ზომის შერჩევა მტკიცების ტვირთისას ჰიპოთეტური მოქმედებისთვის, როდესაც სახეზეა შესატყვისი კონსულტაციის გაწევა. განსაკუთრებით გადაწყვეტილებებს, რომელიც ეხება კაპიტალდაბანდებს თუ არ დაბანდებს, ან როგორ დაბანდებს, ხშირად საფუძვლად უდევს ინდივიდუალური ნების ფორმირება, რომელზეც გავლენას ახდენს მრავალმხრივი რაციონალური თუ ირაციონალური ფაქტორი და აგრეთვე სპეკულაციური ელემენტები.

მსგავსად პრობლემატურია ჰიპოთეტური ქცევის პროგნოსტიცირება ექიმის მიერ განმარტების ვალდებულების დარღვევის შემთხვევებისას. იმისთვის, რომ ამ სფეროებში ჰიპოთეტურ ქცევასთან (რა გადაწყვეტილებას მიიღებდა პირი სათანადო კონსულტაციისა ან განმარტების შემთხვევაში?) დაკავშირებით მივაღწიოთ მტკიცების ტვირთის ობიექტურ განაწილებას, სასამართლო პრაქტიკა ექიმის მიერ განმარტების ვალდებულების დარღვევისას ნაწილობრივ საკმარისად მიიჩნევს, თუ მხარეს უბრალოდ გაუჭირდებოდა გადაწყვეტილების მიღება, იმ შემთხვევაში, თუ სახეზე იქნებოდა ექიმის მხრიდან სათანადო კონსულტაციის გაწევა ან განმარტების გაკეთება.

რამდენადაც მხარის სასარგებლოდ სახეზეა პირველადი ვარაუდის მტკიცებულების საფუძვლები, უკვე საპროცესო მოწინააღმდეგის ხელშია ამ საფუძვლების შერყევა. ვინაიდან პირველადი ვარაუდის მტკიცებულება ქმნის მტკიცების წესს, რომელიც ეფუძნება პროცესის განსაზღვრულ მიმდინარეობას, ის არ ამართლებს მტკიცების ტვირთის სრულ შემობრუნებას. აქედან გამომდინარე, პირველადი ვარაუდის მტკიცებულების შერყევისთვის საკმარისია იმ საყოველთაოდ აღიარებული ფაქტის სერიოზულად კითხვის ნიშნის ქვეშ დაყენება, რომელიც საფუძვლად უდევს ამ მტკიცებულებას. ესე იგი არ არის აუცილებელი სხვა მიზეზობრივი მსვლელობის, მაშასადამე, პირველადი ვარაუდის მტკიცებულების შედეგად ნავარაუდები კავშირების საპირისპიროს დამტკიცება. თუმცა მხარემ უნდა წარმოადგინოს და დაამტკიცოს კონკრეტული ფაქტობრივი გარემოებები, რომლისგანაც სერიოზულად უნდა

გამომდინარეობდეს, რომ კონკრეტულ შემთხვევაში შესაძლოა სახეზე ყოფილიყო აგრეთვე მოვლენის არატიპური განვითარება. პირველადი ვარაუდის მტკიცებულების მსგავსი შერყევა, ან მისთვის საფუძვლის გამოცლა, მხოლოდ ამ მტკიცებულების შედეგებს აღმოფხვრის, მაშასადამე, კანონისმიერ ვარაუდს. თუმცა არაფერი იცვლება იმასთან დაკავშირებით, რომ მტკიცების ტვირთის მქონე მხარეს კვლავინდებურად შეუძლია წარმოადგინოს სრული მტკიცებულება მის მიერ მითითებული გარემოების მიზეზობრივ კავშირთან დაკავშირებით.

ამრიგად, უმაღლესი ფედერალური სასამართლოს გადაწყვეტილების წარმოდგენით შევეცადე მეჩვენებინა ეს ურთიერთმფარავი დამოკიდებულება. ამ საქმის ამოსავალი წერტილი იყო ავტოსაგზაო შემთხვევა ავტობანზე, რომლის დროსაც მოტოციკლის მძღოლი დაეჯახა ავტოსატრანსპორტო საშუალებას. მოტოციკლის მძღოლი ამტკიცებდა, რომ უშუალოდ შეჯახებამდე, გადასწრების ზოლში მდებარე ავტოსატრანსპორტო საშუალებამ უცაბედად „სასწაულად“ დაამუხრუჭა, რის შედეგადაც გადმოვიდა მარჯვენა სავალ ზოლში, სადაც ის მოტოციკლით გადაადგილდებოდა. მისთვის, აქედან გამომდინარე, შეუძლებელი იყო შეჯახების თავიდან აცილება.

როგორც უკვე აღინიშნა, სასამართლო პრაქტიკაში აღიარებულია, რომ უკნიდან დაჯახებისას, აგრეთვე ავტობანებზე, პირველადი ვარაუდი მეტყველებს იმაზე, რომ დამჯახებელმა ბრალეულად გამოიწვია ავტოსაგზაო შემთხვევა იმით, რომ ან არ დაიცვა სავალდებულო სამუხრუჭე მანძილი, ან უყურადღებოდ მოიქცა, ან გადაადგილდებოდა საგზაო სიტუაციისა და ხილვადობისთვის შეუსაბამო სიჩქარით. თუმცა პირველადი ვარაუდის მტკიცებულების წინაპირობაა, რომ უდავო ან დამტკიცებელია „ძირითადი მოვლენა“, მაშასადამე, დაჯახება გზის იმავე ზოლში მდებარე წინ მიმავალ სატრანსპორტო საშუალებაზე. სხვა სიტყვებით რომ ვთქვათ: ავტოსაგზაო შემთხვევის **სრული** გარემოება საყოველთაოდ აღიარებული გამოცდილების მიხედვით ჩვეული მოვლენა უნდა იყოს იმისთვის, რომ დავასკვნათ, რომ ბრალეულად იმოქმედა ავტოსაგზაო შემთხვევის იმ მონაწილემ, რომლის საზიანოდაც უნდა მოხდეს პირველადი ვარაუდის მტკიცებულების გამოყენება.

ეს ნიშნავს: თუ მხოლოდ დგინდება, რომ, როგორც წინამდებარე შემთხვევაში, მოტოციკლის მძღოლი მის სავალ ნაწილზე მოძრავ ავტოსატრანსპორტო საშუალებას დაეჯახა უკნიდან, მაშინ პირველადი ვარაუდის მტკიცებულება მის საწინააღმდეგოდ მოქმედებს. თუმცა, თუ, გარდა ამისა, დგინდება, რომ ავტოსატრანსპორტო საშუალება უშუალოდ დაჯახებამდე გადმოვიდა მარჯვენა ზოლში, რის შემდეგაც ძლიერად დაამუხრუჭა, ამ შემთხვევაში არ გამოიყენება პირველადი ვარაუდის მტკიცებულება, ვინაიდან საქმე აღარ ეხება უკნიდან დაჯახების ჩვეულ კონსტელაციას, არამედ სახეზეა წინ მიმავალ ავტოსატრანსპორტო საშუალებაზე უკნიდან დაჯახების ატიპური შემთხვევა. თუმცა კიდევ ერთხელ მინდა ხაზგასმით აღვნიშნო: ამისთვის არ არის საკმარისი მითითება, რომ ავტოსატრანსპორტო საშუალება შესაძლოა მარჯვენა ზოლში გადასულიყო, რის შემდეგაც მან ძლიერად დაამუხრუჭა, არამედ უფრო მეტი გარემოებაა დასადგენი.

VII. მტკიცების ტვირთის ზოგადი პრინციპებისგან გადახვევის სხვა შემთხვევები:

პირველადი ვარაუდის მტკიცებულების პრინციპების გარდა გერმანულ სასამართლო პრაქტიკაში არსებობს მტკიცების ტვირთის ზოგადი პრინციპებისგან გადახვევის მრავალი შემთხვევა.

პირველ ეტაპს წარმოადგენს მითითებისა და მტკიცების ტვირთისთვის **ზომიერი მოთხოვნების** წაყენება, რამეთუ მხარეს, რომელიც დარწმუნებულია მის მიერ დასახელებული ფაქტების სიმართლეში, არ დავუწესოთ ისეთი მოთხოვნები, რომლის შედეგადაც ის **ვერ მოახერხებდა მითითებული ფაქტების დამტკიცებას**. აქედან გამომდინარე, გადამწყვეტი მნიშვნელობა ენიჭება ინდივიდუალური შემთხვევის კონკრეტულ გარემოებებს, განსაკუთრებით იმას, რამდენად მდგომარეობს მხარის მიერ მითითებული ფაქტების დამტკიცების შეუძლებლობა იმაში, რომ არსებით ფაქტებთან დაკავშირებით შეიძლება იცოდეს მხოლოდ მოწინააღმდეგე მხარემ. ამ საკითხს მოგვიანებით კიდევ ერთხელ დავუბრუნდები.

VIII. მტკიცების ტვირთი ქონების დაზღვევის შემთხვევასთან დაკავშირებით

გარდა ამისა, განსაკუთრებულ პრობლემებს ვაწყდებით, როდესაც დამზღვევმა უნდა ამტკიცოს სადაზღვევო შემთხვევის დადგომა მაგ. ეგრეთწოდებულ ქონების დაზღვევასთან დაკავშირებით (მაგ. ბინაში ქურდობის, ქურდობის, ბარგის დაზღვევებისას). ნივთების ქურდობისთვის დამახასიათებელია, რომ დანაშაულის ჩამდენი პირი ცდილობს შეუმჩნეველად და რაც შეიძლება ნაკლები კვალის დატოვების გარეშე ჩაიდინოს დანაშაული. აქედან გამომდინარე, ხშირად შეუძლებელია, პოსტფაქტუმ დანაშაულის ჩადენის კონკრეტული თანამიმდევრობის დადგენა. ამიტომაც დამზღვევის სასარგებლოდ სახეზეა მტკიცების ტვირთის გარკვეულწილად შემსუბუქება. დამზღვევი ასრულებს მასზე დაკისრებულ მითითებისა და მტკიცების ტვირთის მინიმალურ მოთხოვნებს, როდესაც ის მიუთითებს და დაამტკიცებს ქურდობის გარეგნულ სურათს, რომელიც საყოველთაოდ აღიარებული გამოცდილების გათვალისწინებით შესაძლებელს ხდის საკმარისი ალბათობით დავასკვნათ ქურდობის ფაქტის არსებობა.

IX. მტკიცებულების წარმოდგენის ხელშეშლა

მტკიცების ტვირთის შემსუბუქებას ადგილი აქვს აგრეთვე, როდესაც მოწინააღმდეგისთვის რთულდება მტკიცებულებების წარმოდგენა სამართლებრივი დავისას, ზოგ შემთხვევაში აგრეთვე უკვე მოსამზადებელ ეტაპზე, მიზანმიმართული ქმედებებით ან დაუდევრობით, თუ მაგ. ადგილი აქვს მოწინააღმდეგე მხარის მიერ არსებული მტკიცებულებების დამალვას ან განადგურებას. მტკიცების ტვირთის ეს შემსუბუქება განსაზღვრული გარემოებების არსებობის შემთხვევაში შესაძლოა გადაიზარდოს მტკიცების ტვირთის შემობრუნებაშიც კი.

თუმცა ამის წინაპირობაა ყოველთვის, რომ მოწინააღმდეგე მხარე არღვევდეს ვალდებულებას ან იქცეოდეს არაკეთილსინდისიერად. ის ვინც დაუდევრად იქცევა და საქმეს აფუჩჩებს, არ აქვს უფლება აპელირებდეს, რომ მეორე მხარეს აქვს ინფორმაცია, რომლის არ გამჟღავნების უფლებაც მას არ აქვს.

X. დოკუმენტირების ვალდებულება

ზოგ შემთხვევაში სასამართლო პრაქტიკა ითხოვს განსაზღვრული პროცესების **დოკუმენტირებას**. ეს განსაკუთრებით მოქმედებს განსაზღვრული სამედიცინო მომსახურების გაწევისას, მაგ. როგორცაა ლაბორატორიის შედეგების დოკუმენტირება, თუმცა ეს შეიძლება აგრეთვე ითვალისწინებდეს ოპერაციის მიმდინარეობის დოკუმენტირების ვალდებულებას. დოკუმენტირების მსგავსი

ვალდებულება, როგორც წესი, არსებობს აგრეთვე სამართლებრივ, საგადასახადო ან კაპიტალდაბანდების სფეროებში კონსულტაციის გაწევისას. თუ დაირღვევა დოკუმენტირების ეს ვალდებულება, ამასაც შედეგად მოჰყვება მტკიცების ტვირთის შემსუბუქება, ან საჭიროების შემთხვევაში მტკიცების ტვირთის შემობრუნებაც კი.

XI. პირისპირ საუბარი

განსაკუთრებული სირთულეების წინაშე დგას მტკიცებულების წარმოდგენის პროცესი, როდესაც უნდა დადგინდეს ეგრეთწოდებული პირისპირ საუბრის პროცესი. თუმცა სასამართლო პრაქტიკა ამ პრობლემას არ ებრძვის სასამართლოსთვის რწმენის შექმნისთვის დაბალი მოთხოვნების წაყენებით, არამედ მოსამართლის მიერ ფაქტების დადგენასა და მტკიცებულების შეფასების ინტენსიურობასთან დაკავშირებით უფრო მაღალი მოთხოვნების წაყენებით, მათი დასაბუთების ჩათვლით. თანაბარი საპროცესო შესაძლებლობების პრინციპი და აგრეთვე ეფექტური სამართლებრივი დაცვის მოთხოვნა მოითხოვს, რომ მხარეს, რომელსაც არ ჰყავს გადაწყვეტილებისთვის არსებითი მნიშვნელობის მქონე საუბრის მოწმეები, ეძლევა შესაძლებლობა პირადად მოყვეს სასამართლო პროცესზე მეორე მხარესთან შემდგარი საუბრის შესახებ. მსგავს შემთხვევებში, როდესაც მხარეს არ შეუძლია წარმოადგინოს მტკიცებულებები, იზრდება მოთხოვნები მოსამართლის მიერ რწმენის შექმნის დასაბუთებასთან დაკავშირებით. აქედან გამომდინარე, სასამართლოს გადაწყვეტილების სამოტივაციო ნაწილიდან უნდა ჩანდეს, რომ მოსამართლემ გაიაზრა მხარის მიერ მტკიცებულების წარმოდგენის შეუძლებლობა და ყოვლისმომცველად და წინააღმდეგობების გამორიცხვით გაანალიზა საქმის მასალები და არსებული მტკიცებულებების შედეგები.

კიდევ ერთი რამ, რაც გასათვალისწინებელია: არ გაუმართლა იმას, ვინც უნდა ამტკიცოს პირისპირ საუბრის შინაარსი. ამ ფაქტს ვერ შეცვლის მოსამართლის ვერანაირი ძალისხმევა ჭეშმარიტების დადგენასთან დაკავშირებით.

XII. ზიანის შეფასება

გერმანულ სამოქალაქო საპროცესო კოდექსში, § 287-ის სახით არსებობს სამართლის პრაქტიკისთვის ძალზე მნიშვნელოვანი რეგულაცია, რომლის მიხედვით, ზიანის მიმყენებელი გარემოებებისას, ზიანის ოდენობის წარმოდგენასა და მტკიცებულებებს წაეყენება მხოლოდ ზომიერი მოთხოვნები. ამ წესის მიხედვით, მოსამართლეს შესაძლებლობა აქვს შეაფასოს ზიანის ოდენობა, რომელიც მართალია კონკრეტულად ვერ დგინდება, თუმცა შეიძლება მისი გარკვეულწილად განსაზღვრა. მიუღებელი შემოსავლის დადგენისას § 287-ის მითითებისა და მტკიცებულებების წარმოდგენის შემსუბუქება განვრცობილია გერმანიის სამოქალაქო კოდექსის § 252-ით. მაგალითად, ინდემწარმის მიუღებელი შემოსავლის ოდენობის დადგენისას, როგორც წესი, აუცილებელი და სათანადო ქმედება იქნება, ზიანის დადგომამდე ბოლო წლებში მიღებული შემოსავლების შედეგების გათვალისწინება. თუმცა, აგრეთვე გასაგებია, რომ გარკვეული საზღვრები აქვს დაწესებული აგრეთვე სამეწარმეო ზიანის ამ მეტნაკლებად მისაღებ პროგნოზებს. წარმოიდგინეთ, მაგალითად, რომ ბავშვი იმგვარ დაზიანებას მიიღებს სკოლამდელ ასაკში, რომ მას მთელი მისი დარჩენილი ცხოვრების განმავლობაში მხოლოდ უმარტივესი საქმიანობის განხორციელებადა შეეძლება. რა გამოვიდოდა მისგან პროფესიული თვალსაზრისით ამ საბედისწერო შემთხვევას რომ არ ჰქონოდა ადგილი?

ყოველდღიური შემთხვევებისთვის, თუ მაგალითად ხდება ნივთის დაზიანება, არსებობს ზიანის ოდენობის დადგენის გამარტივებული მეთოდი. სასამართლო, როგორც წესი, უფლებამოსილია ზიანის აღმოფხვრისთვის აუცილებელი ხარჯების ოდენობა გერმანიის სამოქალაქო საპროცესო კოდექსის § 287-ის ფარგლებში, დაადგინოს მესამე პირის მიერ გამოწერილი ანგარიშფაქტურის საფუძველზე, რომელმაც შეასრულა ზიანის აღმოფხვრის დაკვეთა. თუმცა მატერიალურ-სამართლებრივად, ზიანის ანაზღაურების გერმანული სამართალი გადამწყვეტ მნიშვნელობას ანიჭებს არა იმ ხარჯებს, რომელიც დამკვეთს მართებს მესამე პირის მიმართ ზიანის აღმოფხვრისთვის, არამედ გერმანიის სამოქალაქო კოდექსის § 249-ის მე-2 ნაწ. პირველი წინადადების შესაბამისად ზიანის აღმოფხვრისთვის ობიექტურად საჭირო ხარჯებს. თუმცა ხელშეკრულებით შეთანხმებული ან გადასახდელი ხარჯების ანაზღაურება წარმოადგენს § 287-ის მიხედვით შესაფასებელი ზიანისთვის საკმარის არაპირდაპირ მტკიცებულებას ზიანის აღმოფხვრისთვის ობიექტურად საჭირო ხარჯების ოდენობის დასადგენად, რამდენადაც ეს ხარჯები საგრძნობლად არსებითად არ აღემატება მსგავსი ზიანის აღმოფხვრისთვის საყოველთაოდ მიღებულ ფასებს.

XIII. მეორადი მითითების ტვირთი

არსებითი პრაქტიკული მნიშვნელობა აქვს აგრეთვე სასამართლო პრაქტიკას ეგრეთწოდებულ **მეორად მითითების ტვირთთან** დაკავშირებით ნეგატიური ფაქტებისას და მტკიცების მოწინააღმდეგე მხარის შინაგან სფეროს განკუთვნილი გარემოებებისას. გერმანულ სამართალში **ნეგატიურ ფაქტებს** უწოდებენ გარემოებებს, რომლის დროსაც მტკიცების ტვირთის მქონე მხარემ - განსხვავებით იმისგან, როგორც ჩვეულებრივ ხდება ხოლმე - არ უნდა მიუთითოს და ამტკიცოს, რომ რაღაც მოხდა, არამედ ამის საპირისპირო, კერძოდ, რომ ეს **არ მომხდარა**. მსგავსი სიტუაცია, ხშირად, განსაკუთრებული პრობლემების წინაშე აყენებს მტკიცების ტვირთის მქონე მხარეს:

მტკიცების ტვირთის მქონე მხარემ მის მიერ დასამტკიცებელი პოზიტიური ფაქტისას, როგორც წესი, იცის, თუ, როდის და როგორ მოხდა შესაბამისი ფაქტი; აქედან გამომდინარე, მისთვის, ძირითადად, შესაძლებელია წარმოადგინოს შესაბამისი ფაქტობრივი გარემოებები და აგრეთვე შესაბამისი მტკიცებულებები. ამისგან განსხვავებით, სხვა სირთულეებთანაა დაკავშირებული ეგრეთწოდებული ნეგატიური მტკიცებულება, როგორც ფაქტების მითითებასთან აგრეთვე მტკიცებულებების წარმოდგენასთან დაკავშირებით. ეს განსაკუთრებით მოქმედებს, როდესაც საქმე გვაქვს არა მოკლევადიანი სიტუაციიდან გამომდინარე შემთხვევასთან, არამედ, როდესაც გარემოება, რომელიც სადავოა, მოიცავს ხანგრძლივ პერიოდს. უკიდურეს შემთხვევაში, მტკიცების ტვირთის მქონე მხარე ვალდებული იქნებოდა მიეთითებინა და დაემტკიცებინა ამ პერიოდის ყველა წუთთან დაკავშირებით, რომ კონკრეტული გარემოება არ დამდგარა ამ ხნის განმავლობაში. ფაქტობრივად ის, აქედან გამომდინარე, ვერ შეძლებდა მტკიცებულებების წარმოდგენას. მტკიცებულებების წარმოდგენის მსგავსი სახის არსებითი გართულება სახეზეა, როდესაც, ზოგადი პრინციპების შესაბამისად, მხარემ უნდა ამტკიცოს, რომ ადგილი არ ჰქონია ხელშეკრულებით ან კანონით გათვალისწინებულ განმარტებას, კონსულტაციას ან ინფორმირებას, ან რომ ადგილი არ ჰქონია ნებართვის მიღებას.

იმისთვის, რომ მსგავსი კონსტელაციების პირობებში მივალწიოთ მითითებისა და მტკიცების ტვირთის

ობიექტურ განაწილებას, გერმანული სასამართლო პრაქტიკა ირჩევს განსხვავებულ სამსაფეხურიან მოდელს:

ამ მოდელის მიხედვით ნეგატიური ფაქტის მტკიცების საჭიროება, საწყის ეტაპზე, არ იწვევს მითითებისა და მტკიცების ტვირთის გადანაცვლებას ზოგადი პრინციპებიდან გამომდინარე. ნეგატიური ფაქტის მტკიცებასთან დაკავშირებული სირთულეები, მეტადრე, იმით ბალანსდება, რომ მტკიცების ტვირთის მქონე მხარე პირველ ეტაპზე მხოლოდ ზოგადად (და არა დასაბუთებულად) წარმოადგენს, რომ არ დამდგარა ნეგატიური ფაქტი. მეორე ეტაპზე უკვე მეორე მხარის ვალდებულებაა დასაბუთებულად წარმოადგინოს, რომ ადგილი ჰქონდა შესაბამისი გარემოების დადგომას და როგორ მოხდა ეს ყველაფერი მისი გადმოსახედიდან (მაშასადამე, მისი მტკიცებით პოზიტიური ფაქტის დადგომა). ამასთან დაკავშირებით მოწინააღმდეგე მხარემ მაგ. დასაბუთებულად უნდა მიუთითოს, თუ როდის და ვინ განახორციელა სადავო კონსულტაცია, ინფორმირება ან ნებართვის განმარტება. თუმცა მან არ უნდა დაამტკიცოს ამ გარემოების დადგომა. უკვე მესამე ეტაპზე მტკიცების ტვირთის მქონე მხარემ დასაბუთებულად უნდა მიუთითოს და საჭიროების შემთხვევაში აგრეთვე დაამტკიცოს, რომ არ შეესაბამება სინამდვილეს მტკიცების მოწინააღმდეგე მხარის მიერ - მისი მეორადი დასაბუთების ტვირთის ფარგლებში - განხორციელებული მითითება.

ამ კონცეფციის მიხედვით, უსაფუძვლო გამდიდრების მოთხოვნის უფლების მქონე კრედიტორი, რომელსაც ევალება ნეგატიური ფაქტის დამტკიცება (მაგ. სამართლებრივი საფუძვლის არარსებობისთვის სკ-ის 976-ე მუხ. პირველი ნაწ. „ა“ ქვეპუნქტი) არ არის ვალდებული გამორიცხოს განხორციელებული შესრულების ნებისმიერი თეორიულად შესაძლებელი სამართლებრივი საფუძველი, არამედ საკმარისია, თუ ის, პირველ ეტაპზე, მიუთითებს, რომ არ არის სახეზე სამართლებრივი საფუძველი და აგრეთვე - რამდენადაც მოწინააღმდეგე მხარე აპელირებს სამართლებრივი საფუძვლის არსებობაზე - უკვე, მეორე ეტაპზე, მიუთითებს და დაამტკიცებს, რომ არ არსებობს მოწინააღმდეგე მხარის მიერ წარმოდგენილი სამართლებრივი საფუძველი. გარდა ამისა, უსაფუძვლო გამდიდრების მოთხოვნის უფლების მქონე მოვალეს, მის მიერ მითითებულ სამართლებრივ საფუძველთან დაკავშირებით აქვს დამატებითი (მეორადი) მითითების ტვირთი, რამდენადაც კრედიტორი არ არის მის მიერ წარმოსადგენი გარემოების უშუალო მონაწილე და აქედან გამომდინარე, არ შეიძლება ფლობდეს დაზუსტებულ ინფორმაციას არსებით ფაქტებთან დაკავშირებით, მაშინ, როდესაც უსაფუძვლო გამდიდრების მოთხოვნის უფლების მქონე მოვალე ფლობს მსგავს ინფორმაციას და მისგან უნდა მოველოდეთ ზუსტი ინფორმაციის ცოდნას.

მეორადი მტკიცების ტვირთის პრინციპების გამოყენება შეიძლება აგრეთვე მაშინ, როდესაც მითითებისა და მტკიცების ტვირთის მქონე მხარე უთითებს გარემოებებზე, რომელიც **მოწინააღმდეგე მხარის აღქმის სფეროშია** მოქცეული. როგორც უსაფუძვლო გამდიდრებიდან გამომდინარე მოთხოვნის უფლებისას უკვე აღინიშნა, ამის წინაპირობაა, რომ მტკიცების ვალდებულების მქონე მხარე არ უნდა იყოს მის მიერ წარმოსადგენი გარემოების შემსწრე და შესაბამისად არ უნდა ფლობდეს დაწვრილებით ინფორმაციას არსებით ფაქტებთან დაკავშირებით. მოთხოვნადობის ფარგლებში მოწინააღმდეგისგან შეიძლება მოვითხოვოთ, რომ მან არა მხოლოდ სადავო გახადოს მტკიცების ვალდებულების მქონე მხარის მითითებები, არამედ დასაბუთებულად წარმოადგინოს მის მიერ მითითებული გარემოებები. ამაში შედის პროცესზე წარმოსადგენი ფაქტობრივი გარემოებებისა და მტკიცებულებების საჭირო ცოდნა, რომელიც ეხება მოწინააღმდეგე მხარის შიდასაწარმოო სამართლებრივ ქმედებებს, მისი სამეწარმეო გათვლების საფუძვლები ან ბიზნეს-საქმიანობასთან დაკავშირებული დოკუმენტაცია. ანალოგიური შეიძლება მოქმედებდეს, როდესაც საქმე ეხება იმას, გაატარა თუ არა მოწინააღმდეგე

მხარემ ის ღონისძიებები, რომელიც შეიძლება მოეთხოვებოდეს მას ზიანის შესამცირებლად. მაგ. შეეცადა თუ არა საკმარისად, მომსახურების ან ნარდობის ხელშეკრულების შეწყვეტის შემდეგ, მოემდებნა დასაქმების სხვა შესაძლებლობები ან მიეღო სხვა შეკვეთები, რამეთუ ამით მიეღო დამატებითი (ზიანის შემამსუბუქებელი) შემოსავალი.

მტკიცების ტვირთის მხარის მიერ მტკიცებულების წარმოდგენის შეუძლებლობის შემთხვევაში ნაწილობრივ სახეზეა ინფორმაციის მიღების კანონისმიერი მოთხოვნის უფლებები. გარდა პირდაპირი კანონისმიერი მოწესრიგებისა, გერმანულმა სასამართლო პრაქტიკამ განავითარა კეთილსინდისიერების პრინციპიდან (გერმ. სამოქალაქო კოდექსის § 242) გამომდინარე ინფორმაციის გაცემის ვალდებულებები. ამისთვის აუცილებელია, რომ უფლებამოსილმა პირმა საპატიო მიზეზით არ იცოდეს მისი უფლების არსებობის ან მოცულობის შესახებ, არ შეეძლოს მისი მოთხოვნის უფლების მომზადებისა და სასამართლოს გზით განხორციელებისთვის საჭირო ინფორმაციის, შესაძლებლობების ფარგლებში, თავად მოძიება და ვალდებულების მქონე პირს მარტივად შეეძლოს საჭირო ინფორმაციის მიწოდება ამ უცოდინრობის აღმოსაფხვრელად. გერმანულ სამართალში მსგავსი სახის ინფორმაციის გაცემის ვალდებულების წინაპირობები, საერთო ჯამში, გაცილებით მკაცრადაა მოწესრიგებული ვიდრე ქართულში (სკ-ის 318-ე მუხ.).

ინფორმაციის გაცემის ამ ვალდებულებებს არ აქვს უშუალო გავლენა ზოგად საპროცესო-სამართლებრივ მოთხოვნებზე მითითებისა და მტკიცების ტვირთთან დაკავშირებით. განსაკუთრებით არ არის შესაძლებელი გერმანულ საპროცესო სამართალში ინფორმაციის გაცემის ამ მოთხოვნის უფლებების დამატებით განხორციელება ძირითად მოთხოვნასთან დაკავშირებით წარმოებული სამართლებრივი დავის ფარგლებში. მით უფრო ვერ დავაკისრებთ მოწინააღმდეგე მხარეს პირდაპირ მტკიცების ტვირთს ინფორმაციის გაცემის მატერიალურ-სამართლებრივი ვალდებულების გამო, იმ გარემოებებთან დაკავშირებით, რომელიც საჭიროებს ინფორმაციის გაცემას. თუმცა გერმანული სამოქალაქო საპროცესო კოდექსი შესაძლებელს ხდის მოსარჩელისთვის, რომ ეგრეთწოდებული საფეხურებრივი სარჩელით, გერმანიის სამოქ. საპროცესო კოდექსის § 254-ის შესაბამისად, მართალია საპროცესო-სამართლებრივ ეტაპებზე (საფეხურებზე), თუმცადა ერთი სასარჩელო წარმოების ფარგლებში განხორციელოს ინფორმაციის გაცემისა და აგრეთვე დავის ძირითად საგანთან დაკავშირებული მოთხოვნის უფლებები.

XIV. ვალდებულების დარღვევის მიზეზობრივი კავშირი ზიანის დადგომასთან

არსებითი პრაქტიკული მნიშვნელობის მქონეა სასამართლო პრაქტიკის მიერ მტკიცების ტვირთთან დაკავშირებით განვითარებული პრინციპები ვალდებულების დარღვევის მიზეზობრივი კავშირის თაობაზე ზიანის დადგომასთან. ზიანის ანაზღაურების მოთხოვნის უფლებებისას, პრაქტიკაში, ხშირად, ვალდებულების დარღვევა კი არ წარმოადგენს მთავარ პრობლემას, არამედ ჰიპოთეტური მიზეზობრივი პროცესი. ამასთან დაკავშირებით გერმანიაში არსებობს განსხვავებული სასამართლო პრაქტიკა, რომელსაც ამ მოხსენების ფარგლებში მხოლოდ შემოკლებული ფორმით წარმოგიდგენთ.

მკურნალობისას დაშვებული უხეში შეცდომა, რომელსაც, როგორც წესი, შეუძლია გამოიწვიოს ფაქტობრივად დამდგარი სახის ზიანი, როგორც წესი, იწვევს იმას, რომ ადგილი აქვს მტკიცების ტვირთის შემობრუნებას მკურნალობისას დაშვებულ შეცდომასა და ჯანმრთელობის დამდგარ ზიანს შორის მიზეზობრივ კავშირთან დაკავშირებით. გარდა ამისა, მტკიცების ტვირთის შემობრუნებას

მიზეზობრიობასთან დაკავშირებით ადგილი აქვს აგრეთვე, როდესაც დადგინდება, რომ სამედიცინო თვალსაზრისით საჭირო გამოკვლევის არ ჩატარება წარმოადგენდა უხეშ შეცდომას.

მუდმივი სასამართლო პრაქტიკის მიხედვით, ზედამხედველობისა და კონტროლის ვალდებულების დარღვევისას (მაგ. ზედამხედველობა საცურაო აუზების ტერიტორიაზე, ზედამხედველობა ბავშვებზე, საშიში დანადგარების წარმოების ზედამხედველობა) ფაქტობრივი ვარაუდი მეტყველებს ვალდებულების დარღვევის მიზეზობრივი კავშირის სასარგებლოდ ზიანის დადგომასთან, რამდენადაც ზიანის თავიდან ასაცილებლად საკმარისი იქნებოდა ჯეროვანი კონტროლის ან ზედამხედველობის განხორციელება, და თუ ზუსტად იმ საფრთხის რეალიზება მოხდა, რომელიც თავიდან უნდა აცილებულიყო დარღვეული ვალდებულებით.

გარდა ამისა, გერმანულ სასამართლო პრაქტიკაში არსებობს ტენდენცია იმ მიმართულებით, რომ ივარაუდება მტკიცების ტვირთის შემობრუნება ხელშეკრულებით გათვალისწინებული ქცევის ვალდებულების ობიექტური დარღვევისას (თუ არ იკვეთება მოვალის ბრალეულობა, ის ისედაც თავისუფლდება პასუხისმგებლობისგან გერმ. სამოქ. კოდექსის § 280-ის პირველი ნაწ. შესაბამისად), რამდენადაც ზიანის მიზეზი მომდინარეობს მოწინააღმდეგე მხარის საფრთხისა და პასუხისმგებლობის სფეროდან.

გარდა ამისა, გერმანული სასამართლო პრაქტიკა ხელშეკრულებებთან დაკავშირებით ვარაუდობს, რომ მათში სრულყოფილად და სწორადაა გადმოცემული ხელშეკრულების მხარეთა განმარტებები გარიგებასთან დაკავშირებით. მტკიცების ტვირთი მოდის მხარეზე, რომელიც უთითებს ხელშეკრულებაში გათვალისწინებულისგან განსხვავებულ ნებაზე. თუმცა სასურველის სრულყოფილად და სწორად გადმოცემის ვარაუდის წინაპირობაა, რომ ხელშეკრულების ტექსტი გამოსადეგი იყოს ხელშეკრულების შინაარსის განსაზღვრისთვის. თუ ტექსტი ენობრივად გაუგებარია, მაშინ გამოირიცხება ვარაუდი განსაზღვრულ განმარტებასთან დაკავშირებით.

ეს ვარაუდი მოქმედებს მხოლოდ ხელშეკრულების მხარეებს შორის ურთიერთობისას, ვინაიდან მხოლოდ მათ შეუძლიათ გადაწყვეტილება მიიღონ იმასთან დაკავშირებით, სრულყოფილად დააფიქსირებენ გარიგებაზე დაფუძნებულ ნებას ხელშეკრულებაში, თუ მხოლოდ ნაწილობრივ. გარდა ამისა, ხელშეკრულების მხარეს, ფაქტობრივი ნების შეგნებულად არასრულყოფილი ან არასწორი გადმოცემით შეეძლებოდა ზიანის მიყენება მესამე პირებისთვის.